



Eine Wandmalerei auf einer Mauer des im Jahr 1982 von Israel zerstörten Akka-Spitals in Westbeirut



Solidarität mit Palästina



Interview mit Leila KHALED



Scharons Terrorkrieg gegen die Palästinenser



Palästinensische Verletzte in Wien



Intifada am Scheideweg

Wer sind hier die Terroristen?

Seit den jüngsten Bombenanschlägen Anfang Dezember 2001 durch palästinensische Selbstmordattentäter, die zahlreiche israelische Menschenleben gefordert haben, ist die Diskussion um Terrorismus in den westlichen Medien wieder voll entbrannt.

Dabei fällt dem scharfsichtigen Beobachter zweierlei auf: Erstens, die westlichen Medien messen, wie schon so oft, mit zweierlei Maß, bzw. ein Menschenleben ist nicht gleich ein Menschenleben, und zweitens, nur wenn die Ereignisse aus dem Zusammenhang gerissen werden, ist es möglich, die Mythen der westlichen politischen Werteskala aufrechtzuerhalten.

Gehen wir den Dingen auf den Grund. Seit Beginn der

zweiten Intifada im September 2000 haben 878* Palästinenser und 212 Israelis ihr Leben verloren. Von den Palästinensern waren 227 unter 18 Jahre alt, 752 Zivilisten und 480 hatten sich nicht an Demonstrationen oder anderen politischen Aktivitäten beteiligt. 423 wurden durch gezielte Schüsse in die obere Körperhälfte getötet. Sie sind also zweifellos als Opfer von terroristischen Anschlägen zu bezeichnen, oder möchte die israelische Armee behaupten, dass die gezielte Erschießung von Zivilisten tatsächlich



notwendiger Bestandteil der regulären Aufstandsbekämpfung oder gar Selbstverteidigung sei?

Diese Zahlen werden in den westlichen Medien kaum oder nie erwähnt. Der Tod von fünf palästinensischen Schulkindern, der ganz offensichtlich einer der Anlässe für die Selbstmordanschläge in Israel war, wurde in den Berichterstattungen meistens mit einem Nebensatz abgehandelt. Die extrajudizialen Erschießungen von führenden Persönlichkeiten des palästinensischen Widerstandes durch die israelische Armee - wohl der Hauptgrund für die jüngsten Anschläge - werden meist kommentarlos erwähnt, ohne hinzuzufügen, dass es sich dabei um menschen- und völkerrechtswidrige Maßnahmen handelt. Und schließlich fühlt sich kaum einer der westlichen Berichtersteller bemüht, die Gründe der nicht enden wollenden Gewalt im Nahen Osten unter die Lupe zu nehmen. Dabei würde das doch einiges Licht in diesen angeblich so undurchsichtigen Konflikt bringen.

Ein Volk, das seit Jahrzehnten in Flüchtlingslagern und unter schwerster militärischer Besatzung zu leben gezwungen ist, ein Volk, das von seinem angestammten Grund und Boden vertrieben wurde und dem heute praktisch das Existenzrecht verweigert wird, ein Volk, das in größter Armut unter menschenunwürdigen Bedingungen zu leben hat, hat nicht nur die historische Tendenz, sondern auch das völkerrechtlich verbrieftete Recht, sich zu wehren. Dass diese Verteidigung, dieser Kampf um die eigene Existenz heute Formen annimmt, die nicht dazu angetan sind, unter den westlichen Beobachtern Verständnis und Sympathie zu wecken, hat damit zu tun, dass den Palästinensern offenbar kaum ein anderes Mittel mehr wirkungsvoll erscheint,

Inhalt

- | | |
|---------------|--|
| 2 | Editorial |
| 4 | Interview mit Laila Khaled |
| 7 | "Die Verdächtigung"; ein Gedicht von Erich Fried |
| 7 | Stellungnahme zum PFLP-Verbot |
| 9 | Ho Ho... Arafat? |
| 10 | Interview mit Dr. Azmi Bschara |
| 14 | Arafats Polizei schießt auf Demonstranten |
| 16 -17 | Israels Atomdrohungen |
| 18 | Als der Panzer auf die Schule schoß |
| 20 | Das Massaker von Beit Rima |
| 21 | Isr. Mine tötet 5 Kinder |
| 22 | Interviews mit 2 palästinensischen Verletzten in Wien |
| 25 | Öffentliche Hinrichtungen |
| 26 | Palästinenser im Libanon |
| 27 | Demo zum Jahrestag der Intifada |
| 28 | Rassistische Äußerungen der "Bahas" in Wien |
| 29 | Brief an die isr. Kultusgemeinde |

www.antiimperialista.com

aik@antiimperialista.com

um die Welt auf ihre verzweifelte Lage aufmerksam zu machen. Nach den bitteren Erfahrungen mit der eigenen Führung, die die palästinensischen Hoffnungen in einem falschen Friedensprozess verraten und verkauft hat, nach der schmerzlichen Enttäuschung sehen zu müssen, dass sich nicht nur die westliche Welt, sondern letztlich auch die arabischen Staaten auf die Seite des Besatzers geschlagen haben, was liegt näher - und ist historisch leichter erklärbar - als zum Äußersten zu greifen und weder die eigenen Menschen, noch die Zivilbevölkerung des Gegners zu schonen.

In der gesamten Geschichte der Menschheit hat Unterdrückung immer die Tendenz aufgewiesen, Widerstand hervorzurufen. Das ist im Nahostkonflikt nicht anders. Welche Formen dieser Widerstand annimmt, hängt vor allen Dingen von den Formen und der Intensität der Unterdrückung ab. Insofern trägt die Hauptverantwortung für den Tod der israelischen Zivilisten der israelische Staat selbst.

Im Westen will das offensichtlich niemand begreifen. Genauso wenig wie die Tatsache, dass es ohne Gerechtigkeit niemals Frieden geben kann. Doch solange die Medien mit zweierlei Maß messen, solange ein israelischer Toter zehnmal mehr zählt als ein palästinensischer, solange die Unterdrückten als Terroristen bezeichnet werden, während die Unterdrücker von "ihrem Recht auf Selbstverteidigung Gebrauch machen", solange wird wohl der Nahostkonflikt unverändert und nicht enden wollend bleiben.

* Vgl. Palestine Monitor (www.palestinemonitor.org). Die Zahlen beziehen sich auf den Zeitraum vom 28. September 2000 bis 5. Dezember 2001

Seminar der österreichischen Palästina-Solidarität 1.-2. Februar 2002

**Niederlage und Neubeginn
von Oslo zur neuen Intifada**

- * Das Scheitern von Oslo und seine Gründe
- * Intifada 1987-1993 und Al-Aqsa-Intifada: Ähnlichkeiten und Unterschiede
- * Perspektiven eines neuen Aufschwungs des Befreiungskampfes in Palästina und im gesamten Nahen Osten
- * Judentum versus Zionismus

Für weitere Infos siehe www.antiimperialista.com

Bericht der Solidaritätsdelegation von Palästina

Von 30. Dezember 2001 bis 6. Jänner 2002 besucht eine Solidaritätsdelegation von österreichischen, deutschen und italienischen Antiimperialisten Palästina. Anschließend werden sie von der aktuellen politischen Situation berichten.

Sonntag, 13.1., 18.30 Uhr
Vorstadtzentrum 15: Meiselstraße 46/4,
1150 Wien



11. Jahrestag der Agression gegen den Irak: Solidaritätsdemo mit dem irakischen Volk

Weg mit der Blockade gegen den Irak!
Stoppt die US-Aggression!
USA, raus aus dem Golf!

Treffpunkt: 17. Jänner,
17.30 Uhr: Uni-Rampe
18:30 Uhr: US-Botschaft (Boltzmannngasse)

Laila Khaled: Kein Verzicht auf den bewaffneten Kampf

Ein Interview der ägyptischen nasseristischen Zeitung Al-Arabi

Die Intifada ist nun ein Jahr alt. Wie beurteilen Sie den Ablauf des letzten Jahres und wie schaut es heute aus?

Die erste Errungenschaft der Intifada war die Wiedervereinigung der palästinensischen Massen und der palästinensischen politischen Kräfte, die nach dem Oslo-Abkommen auseinander geraten waren. Zweitens hat die Intifada einen wesentlichen Teil der Araber vom 1948 besetzten Teil Palästinas mitgezogen, die 13 Gefallene eingebüßt haben. Das wichtigste ist, dass die Intifada die arabischen Massen überall beeinflussen konnte. Diese Entwicklung muss durch die Schaffung von Solidaritätskomitees vertieft werden. Weiters hat die Intifada die arabischen Regierungen gezwungen, wieder jährlich ein Gipfeltreffen zu veranstalten, um "ihre Solidarität mit den Palästinensern" auszudrücken, abgesehen von den realen Beschlüssen dieser Gipfeltreffen. International wird das wahre Gesicht Israels und des Zionismus entlarvt. Die Intifada entlarvte auch alle Abkommen, die unsere Rechte auf Land und Rückkehr nicht berücksichtigen. Sie zeigte, dass sich die Option, mit dem Feind zu verhandeln, als eine miserable Option erwiesen hat, die uns nicht einmal ein Minimum unserer Rechte zurückbringen konnte. Auf der israelischen Seite gibt es auch schwere Verluste in den Bereichen Tourismus, Handel und Landwirtschaft. Es gibt auch eine Krise unter den Zionisten selbst, die sich Fragen über den Nutzen dieser Aggression gegen die Palästinenser stellen mussten.

Aber natürlich bleibt diese interne Debatte der Zionisten im Rahmen der rassistischen zionistischen Ideologie und drückt keine geistige Entwicklung der zionistischen Führung aus.



Laila Khaled in Zürich 1999

Natürlich, aber die Entwicklung der Intifada verursachte eine Spaltung in der israelischen Gesellschaft und führte die "israelischen" Araber durch die Solidarität mit den Palästinensern von Westjordanland und Gaza auf die palästinensische Seite zurück. Dies sollte uns helfen, die Kampfmethoden der Intifada weiterzuentwickeln und die "israelischen" Araber miteinzuschließen. Die Intifada muss ein Programm der totalen Konfrontation entwickeln. Wir dürfen nicht mit einer Regierung der extremen Rechten verhandeln und sollten uns von deren leeren Versprechen nicht betrügen lassen. Das palästinensische Lager muss auch neu geordnet werden und wir müssen alle palästinensischen Institutionen wiederherstellen und neu gestalten. Wir müssen den anderen klar zu verstehen geben, dass die Palästina-Frage eine politische Frage ist und keine Frage der Sicherheit, die durch Treffen der Vertreter der Sicherheitskräfte beider Seiten und die Verhaftung der Kämpfer zu lösen ist. Wir brauchen auch die arabische Unterstützung, besonders wenn die Regierungen nur von Unterstützung reden, aber bisher nichts unternommen haben. Die Palästinenser haben das Recht zu wissen, ob sie mit ihren arabischen Schwestern und Brüdern rechnen können.

Sie sind also der Ansicht, dass die arabische Öffentlichkeit nicht genug getan hat?

Die arabischen Massen haben zu Beginn der Intifada sechzig Tage lang ihre Solidarität demonstriert. Nachher ist dies zurückgegangen. Das ist nicht der Schuld der Massen, sondern der arabischen Parteien und politischen Kräfte, die dieser Epoche nicht gewachsen sind und sich durch Kleinigkeiten von der Hauptfrage ablenken lassen. Wenn die arabischen Oppositionsparteien den Regierungen nicht gewachsen sind, dann heißt das, dass sie dabei versagt haben, die arabische Öffentlichkeit für eine umfassende Solidarität mit der Intifada zu mobilisieren. Ohne die Ader der Massenunterstützung könnte die Intifada eine Niederlage erleiden. Intern kann diese Niederlage zu Stande kommen, wenn das eigene Haus nicht neugeordnet wird, das heißt wenn nicht alle Teile der PLO wieder an den politischen Entscheidungen teilnehmen, denn bis jetzt beschränkt sich dies auf die Feldarbeit. Ohne dem Feind große Verluste zuzufügen, werden wir ihn nicht dazu bringen, unsere Rechte anzuerkennen. Der Anfang seines Ende war im Südlibanon, wo der Feind

durch die Schläge des Widerstands vertrieben wurde. Der Feind muss begreifen, dass die Besatzung ihn viel kostet und ich meine hier auch menschliche Verluste. Die Geschichte kennt keine Besatzung, die ohne Kampf beendet wurde. Israel steht nicht über der Geschichte.

Wenn wir über Kampf reden, dürfen wir Sie über die Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes seitens der PFLP befragen? War diese mit dem Mord an Abu Ali Mustafa verbunden oder hat die Vorbereitung dieser Wiederaufnahme vor seinem Tod stattgefunden?

Das Oslo-Abkommen lähmte unsere Aktivitäten, aber der Umzug der PFLP-Führung nach Palästina und die Beschlüsse des sechsten PFLP-Kongresses wirkten sich positiv auf die Organisation der PFLP im Land aus. Somit gewann die PFLP ihre Kraft teilweise zurück. Zwar ist der Tod von Abu Ali Mustafa ein großer Verlust, denn historische Führungen werden nicht täglich geboren, aber wir haben einen neuen Vorsitzenden gewählt und wir hoffen stark, dass das Programm der Intifada-Führung weitergeführt wird.

Der Tod von Abu Ali war ein Verlust für uns alle. Können Sie uns über Abu Ali, der als Palästinenser und Araber den Weg des Widerstandes nahm, mehr erzählen?

Ich lernte Abu Ali Mustafa im Jahr 1969 kennen. Er war damals ein Militärführer der PFLP. Ich sah ihn zum ersten Mal in einem Trainingslager in Jordanien. Da kannte ich noch nicht sein Gesicht. Eine Gruppe von Genossinnen war gerade bei einer Kriechübung, als das Auto von Abu Ali heranfuhr. Ich hielt das Auto an und sagte, er solle warten, bis die Mädchen vorübergekrochen wären. Er wunderte sich über dieses Mädchen, das das Auto des Militärführers anhielt. Man sagte ihm, das ist Laila Khaled, eine neue Kämpferin in der Truppe, und so haben wir uns kennen gelernt. Wir trennten uns, als ich für die Flugzeugentführungen rekrutiert wurde. Wir trafen uns wieder nach meiner Freilassung aus der Haft in England.

Weil Abu Ali ein Vorsitzender war, hatten viele von ihm den Eindruck, er sei ein trockener Mensch. Ich selbst kam ihm am Anfang persönlich nicht näher und

beschränkte mich auf das militärische. Mit der Zeit und durch den gemeinsamen Kampf lernte ich seine menschliche Seite kennen und unterhielt gute Beziehungen zu seiner Familie. Er war eine lebensfreudige und freundliche Person, was ich, zugegeben, am Anfang nicht glauben konnte. Er lebte im Gegensatz zu vielen anderen Führern einfach und sein Haus war klein und bescheiden, wie das eines palästinensischen Kämpfers. Er besuchte seine Genossen bei allen freudigen und traurigen Anlässen und unterstützte sie in ihrem Kampf für ihre Rechte, was ich bei ihm besonders schätzte und was uns einander näher gebracht hat.

Wie war seine Haltung gegenüber dem Feind?

Seine verborgene Zärtlichkeit war die Kehrseite seines harten Standpunktes gegenüber dem Feind. Als ihn die Journalisten bei der Brücke am Jordan fragten, warum er in die Autonomiegebiete zurückkehre, antwortete er: "Ich kam, um das Banner des Widerstands und des bewaffneten Kampfes dorthin zu tragen". Das heißt, er kehrte nach Palästina zurück, aber er war mit dem Oslo-Abkommen nicht einverstanden.

Hat dieser Standpunkt seine Beziehung zur Behörde Arafats beeinträchtigt?

Letztendlich hat dies ihm das Leben gekostet... Im Rahmen der Intifada vereinigten sich die Palästinenser und sein Verhältnis war grundlegend von der Konfrontation mit Israel bestimmt.

Wie war die Beziehung zwischen Abu Ali Mustafa

und George Habash?

Natürlich war dies eine feste Beziehung zwischen Kampfgenossen. Abu Ali lernte von Habash die Organisationskunst. Abu Ali studierte an keiner Universität und musste sich alles selber beibringen. Er war ein einfacher Bauer, der sich in der PFLP und durch die Beziehung mit George Habash sowohl auf der theoretischen Ebene als auch in der Praxis entwickelte. Er las viel und beschäftigte sich intensiv damit, sein Wissen zu erweitern, was ihn zu einer großen Person machte. Alle haben erwartet, dass er Habash folgen würde, was auch tatsächlich geschah.

Abu Ali ist nun zu einem Teil der ruhmreichen Geschichte der PFLP geworden. Was ist mit der



Gegenwart? Was halten Sie von Ahmad Saadat, dem neuen Vorsitzenden der PFLP?

Genosse Saadat verbrachte sein ganzes Leben in Palästina. Er wurde sieben Mal verhaftet und hat eine lange Kampfgeschichte hinter sich. Er ist zwar in den Medien nicht sehr bekannt, jedoch beruht dies darauf, dass er immer im Untergrund gearbeitet hat. Er könnte vielleicht jetzt Schwierigkeiten dabei haben, von der geheimen zur öffentlichen Arbeit zu übergehen. Er wird vielleicht beide Ebenen kombinieren, was heute für die PFLP und die Intifada von Nutzen sein kann. Er wird am Anfang sicher einige Schwierigkeiten haben, aber ich kenne ihn gut und glaube, dass er bald alles in den Griff bekommen wird. Außerdem ist er nicht allein. Da ist auch das Politbüro, das ihn nicht alleine lassen wird. Was nicht über Saadat veröffentlicht wurde ist, dass er eine sehr bescheidene Person ist. Er zieht es vor im Schatten zu bleiben und ist sehr einfach und korrekt im Umgang mit den anderen. Er ist sehr schweigsam, aber man merkt, dass er große Erfahrung hat, mit der er nicht prahlt. Seine Wahl ist ein Zeichen, dass die PFLP keine Zugeständnisse im Kampf gegen Israel macht, und dass sie trotz des Rücktritts von Habash und des Mordes an Abu Ali



Mustafa weiter existiert. Wir gehen unseren Weg weiter und haben 40 Tage nach dem Tod unseres Vorsitzenden einen neuen Vorsitzenden sowie dessen Stellvertreter gewählt.

Einige Jugendliche der PFLP sagen, dass die Wahl von Abdulrahim Mulawah als Stellvertreter des Vorsitzenden ein Kompromiss zwischen der harten Position Saadats und der pragmatischer Position Mulawahs gegenüber der PNA sei. Was sagen Sie dazu?

Die PFLP hat ihre Geschichte und Ahmad Saadat ist eine wirkliche Persönlichkeit, der einen eigenen Charakter und eine eigene Rolle hat. Trotzdem ist es nicht nur der Vorsitzende, der die Politik der PFLP bestimmt. Es gibt ein Zentralkomitee und ein Politbüro, die eine wesentliche Rolle spielen. Das Zentralkomitee ist das Haupt der Organisation. Es gibt auch einen Generalkongress der PFLP, der mit dem Oslo-Abkommen nicht einverstanden ist. Es gibt zwar Personen in der PFLP, die andere Meinungen haben, aber sie vertreten diese

nur im Rahmen des Generalkongresses, der insgesamt keine derartige Versöhnung mit dem Feind akzeptiert. Dies sagten wir schon im Jahr 1993, das heißt vor der Intifada. Der Vorsitzende und sein Stellvertreter müssen nach den Beschlüssen des Generalkongresses handeln. Auch wenn wir annehmen, dass die Wahl von den beiden ein Kompromiss zwischen zwei Strömungen wäre, was ist schlimm daran? Wir würden uns dann freuen, dass wir eine Form finden, die alle vereinigt.

Würde so eine Kompromisslösung nicht die Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes beeinträchtigen?

Wir haben den bewaffneten Kampf nie aufgegeben, um ihn wieder aufzunehmen. Diese Unterbrechung war auf schwere interne Umstände zurückzuführen, die wir heute hinter uns haben. Heute kämpfen wir wieder und wir werden weiter kämpfen. Aber dies benötigt auch Unterstützung. Wir können einfach über bewaffneten Kampf reden, aber wenn wir ihn tatsächlich führen wollen, brauchen wir auch Waffen in ausreichenden Mengen. Eine Kontinuität kann nur durch die Zusammenarbeit aller Organisationen garantiert werden.

Die Polizei Arafats schoss auf die Demonstranten der Islamischen Universität in Gaza, die für Bin Laden demonstriert haben. Wie erklären Sie diese überwältigende Popularität Bin Ladens in der palästinensischen Öffentlichkeit?

Natürlich sind wir gegen die USA, die Israel gegen das palästinensische Volk unterstützen. Die Rede Bin Ladens in Al-Jazeera entflammte die Gefühle der Araber und der Palästinenser. Aber wir dürfen ihm nicht übertrieben zujubeln. Wir müssen begreifen, dass er nie etwas mit Palästina zu tun hatte. Er war immer in Afghanistan und kämpfte nur gegen die Sowjets. Die Leute demonstrieren gegen die USA aber nicht für die Taliban oder für Bin Laden. Natürlich sind wir gegen die USA, wenn sie ein wehrloses Volk angreifen. Was die Zwischenfälle in Gaza betrifft, so hoffe ich, dass die Untersuchungen über die Verantwortlichen für die Tötung der Demonstranten bald Ergebnisse aufzeigen, die allen Organisationen glaubwürdig erscheinen, sodass die nationale Einheit erhalten bleibt und die Intifada weiter bis zum Sieg geführt werden kann.

Natürlich sind wir gegen die USA, die Israel gegen das palästinensische Volk unterstützen. Die Rede Bin Ladens in Al-Jazeera entflammte die Gefühle der Araber und der Palästinenser. Aber wir dürfen ihm nicht übertrieben zujubeln. Wir müssen begreifen, dass er nie etwas mit Palästina zu tun hatte. Er war immer in Afghanistan und kämpfte nur gegen die Sowjets. Die Leute demonstrieren gegen die USA aber nicht für die Taliban oder für Bin Laden. Natürlich sind wir gegen die USA, wenn sie ein wehrloses Volk angreifen. Was die Zwischenfälle in Gaza betrifft, so hoffe ich, dass die Untersuchungen über die Verantwortlichen für die Tötung der Demonstranten bald Ergebnisse aufzeigen, die allen Organisationen glaubwürdig erscheinen, sodass die nationale Einheit erhalten bleibt und die Intifada weiter bis zum Sieg geführt werden kann.

Die Verdächtigung

Ein Gedicht von Erich Fried

Als ich dich verteidigt hatte
Leila Khaled
im SPIEGEL und im GUARDIAN
gegen die Flüche und Lügen
von Zionisten und westlichen Demokraten
da kamen die Drohbriefe
und Telefonanrufe
mit Schimpfworten und
mit obszönen Verdächtigungen

und wahrscheinlich doppelt so viele
weil ich Jude bin
als Kind vom Hitlerfaschismus
aus meiner Heimat vertrieben
und deshalb nach Meinung der Schimpfer
ein Zionist sein müßte
statt heute Partei zu nehmen
für das vertriebene Kind
Leila Khaled

Unter denen am Telefon
mit geifernden Stimmen
war auch ein Zionist
der sagte der Fall sei ihm klar
ich müsse dich
Leila Khaled
offenbar lieben
und Tag und Nacht an dich denken
Da wurde ich zornig
und hieß ihn zum Teufel gehen
und legte den Hörer auf

Doch er hat recht gehabt
denn ich liebe dich wirklich
dich Leila Khaled
die ich nie gesehen habe
und wahrscheinlich nie sehen werde
und ich denke an dich
Denn dem Haß der Unterdrücker
gegen die die sich wehren
und dennoch weiterleben
und gegen sie zeugen
wirft sich die Liebe entgegen
der aufstehenden Unterdrückten
zu allen Unterdrückten in allen Ländern
die kämpfen mit vielerlei Waffen
den einen Kampf.

Hände weg von der PFLP!

Für die Aufhebung des Verbotes, Freiheit
für die Gefangenen!

Am 27. August ermordete Israel den Generalsekretär der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP), Abu Ali Mustafa. Dieser beispielelose Akt des Staatsterrorismus ist nur einer der hervorstechendsten Fälle einer langen Liste von Ermordungen von Führern und Aktivistinnen der palästinensischen Befreiungsbewegung. Sie sind Ausdruck des kriminellen Charakters der zionistischen Herrschaft, die dem palästinensischen Volk seine elementarsten Menschenrechte entzieht.

So lange Israel fortfährt, palästinensisches Land besetzt zu halten, tausenden palästinensischen Flüchtlingen das Recht auf Rückkehr verweigert, jüdische Siedlungen errichtet, die palästinensische Wirtschaft und Landwirtschaft zerstört, die raren Wasserressourcen raubt, das Recht auf freie Fortbewegung beschneidet und das palästinensische Volk dazu zwingt, in belagerten Bantustans zu leben, kann und wird der Volkswiderstand nicht enden, egal wie brutal die Verbrechen der israelischen Besatzungskräfte auch sein mögen.

Der palästinensische Befreiungskampf gegen Israel ist gerecht und wird bedingungslos voll und ganz von den antiimperialistischen Kräften weltweit unterstützt.

Der jüngste Anschlag auf den israelischen Minister Rehavam Ze'evi - bekannt für seine offene Befürwortung der Liquidierung der Palästinenser als Volk - muss als Antwort auf die vorsätzlichen Ermordungen palästinensischer Führer durch die israelische Armee verstanden werden. In diesem Sinn beweist er die Fähigkeit der palästinensischen Befreiungsbewegung, und besonders der Brigade Abu Ali Mustafa, des militärischen Flügels der PFLP, die sich zu dem Anschlag bekannt hat, zurückzuschlagen.

Den Direktiven des US-State Departments folgend, das erst jüngst erklärt hatte, dass die PFLP eine der gefährlichsten "terroristischen" Organisationen der Welt sei, verhaftete die Palästinensische Autonomiebehörde (PNA) nicht nur etwa zwanzig PFLP-Führer sondern verbot auch den militärischen Flügel der PFLP. (Erste Berichte sprachen sogar von einem Verbot der gesamten PFLP, aber offensichtlich musste die PNA von solch himmelschreiendem Verrat wieder Abstand nehmen.) Das zeigt nicht nur offensichtlich, wie stark Arafats PNA von den Eigeninteressen der parasitären und korrupten herrschenden Clique geleitet wird. Es ist ebenso ein klarer Beweis für die weitreichende Kontrolle Israels und seiner imperialistischen Verbündeten über die PNA, die sie als eines ihrer vielen Instrumente gegen den palästinensischen Befreiungskampf benützen.

Sie werden damit nicht durchkommen! Die PFLP ist keine terroristische Organisation, sondern der konse-

quenteste Ausdruck des palästinensischen Befreiungskampfes. Sie ist nicht nur eine seiner ältesten Strömungen (als historische Bewegung älter als die Fatah von Arafat), sondern verfügt auch über starken Rückhalt in und historische Verbindungen zu den palästinensischen Volksmassen. Ihre Stärke wuchs in der letzten Periode seit dem Zusammenbruch von Oslo beachtlich und wurde gerade mit dem Ausbruch der neuen Intifada offensichtlich. Die PFLP ist die Avantgarde der Revolution gegen den Imperialismus, Zionismus und die arabischen reaktionären bourgeoisen Regimes und wird als solche von der internationalen antiimperialistischen Bewegung als ihre eigene Speerspitze verstanden.

Die PFLP anzugreifen bedeutet einen Angriff auf die Legitimität des palästinensischen Befreiungskampfes und den antiimperialistischen Kampf als Ganzes. Deshalb werden wir unsere palästinensischen Genossinnen und Genossen mit all unserer Kraft verteidigen.

Für die Aufhebung des Verbotes der Abu Ali Mustafa-Brigade!

Freiheit für alle politischen Gefangenen, die von der PNA inhaftiert wurden!

Sofortiger Rückzug der zionistischen Besatzungstruppen!

Für einen unabhängigen palästinensischen Staat in Gaza und im Westjordanland mit Jerusalem als Hauptstadt als einen ersten Schritt zu einem demokratischen, säkularen und antiimperialistischen Staat in ganz Palästina!

Für eine internationale Front aller revolutionären Kräfte und aller Volkskräfte zur Vernichtung des Imperialismus!

Antiimperialistische Koordination
Euskal Herriko Komunistak, Baskische Kommunisten
ASKAPENA, Baskische Solidarität mit den Völkern
IDP, Demokratische Linke des Volkes, Mexiko

22. Oktober, 2001

Impressum:

Medieninhaber (Verleger), Herausgeber, Redaktion und Hersteller des period. Druckwerks „Intifada“ ist die Partei RKL, Gußhausstraße 14/3, 1040 Wien. Verlags- und Herstellungsort Wien. Impressum: RKL, Gußhausstraße 14/3, 1040 Wien.



Redefreiheit für Asmi Bishara!

Die Plattform "Freiheit für Palästina" protestiert gegen die Aufhebung der parlamentarischen Immunität von Asmi Bishara, palästinensischer Abgeordneter zur israelischen Knesset für die Balad-Partei, dem "Aufhebung und Unterstützung terroristischer Organisationen" zur Last gelegt wird. Dieser Akt, laut Rechtsexperten ein grober Eingriff in das elementare demokratische Recht der Meinungs- und Redefreiheit, zeigt mit aller Deutlichkeit, dass Israel all jene auszuschalten sucht, die die israelische Unterdrückungspolitik gegenüber den Palästinensern zu kritisieren wagen. Dass Israel dabei nicht einmal vor einem Abgeordneten zu seinem eigenen Parlament Halt macht, beweist einmal mehr die undemokratische Natur des israelischen Staates.

Wir haben Asmi Bishara, der vor kurzem als unser Gast in Wien einen Vortrag gehalten hat, als mutigen und aufrechten Kämpfer für die Rechte seines Volkes kennen gelernt, gleichzeitig aber auch als um Gerechtigkeit und Frieden bemühten Parlamentarier. Wir erklären ihm hiermit unsere uneingeschränkte Solidarität.

Plattform "Freiheit für Palästina" (Die österreichische Plattform ist jenes Bündnis von 25 Organisationen, die die Demonstration vom 28. September in Wien zum ersten Jahrestag der Intifada organisierte.)

Wien, 9. November 2001

Ho Ho... Arafat?

"Ho Ho Ho Tschì Minh", das ist die bekannteste Losung der antiimperialistischen Massenbewegung der späten 60er und der 70er Jahre. Ihre Mobilisierungskraft reflektierte die gewaltige internationale Bedeutung des Befreiungskampfes des vietnamesischen Volkes, der in der niederschmetterndsten Niederlage des Imperialismus nach dem Zweiten Weltkrieg seinen Höhepunkt fand. Der schmachvolle Abzug der USA beflügelte nicht nur Milliarden Unterdrückte, es ihren vietnamesischen Brüdern und Schwestern gleichzutun und bewies, dass das unerträgliche Joch des Westens abzuschütteln war, sondern selbst im unterdrückerten Westen spornte es zumindest einen Teil der Bevölkerung zum Kampf gegen die Herrschenden an. Che Guevara brachte die Marschrichtung auf den Punkt: "Schafft zwei, drei viele Vietnams!"

Heute, nach einem langen, oft in wilde Flucht ausartenden Rückzug, zeigt der verzweifelte palästinensische Verteidigungskampf gegen einen übermächtigen Feind nicht nur die Unlösbarkeit der Widersprüche der sich siegreich deklarierenden imperialistischen

Weltordnung, sondern auch die Unauslöschbarkeit des antiimperialistischen Widerstands. Wer trotz des um sich greifenden Egoismus und Desinteresses, trotz des verführerischen Konsums und der den Parasitismus legitimierenden Medienpropaganda, sowohl Herz als auch Hirn behalten hat, der muss zumindest einen Funken der Sympathie mit dem Kampf Davids gegen Goliath hegen. Der palästinensische Kampf als Funken für den globalen Widerstand gegen den Imperialismus - das ist es, was ihn zum neuen Vietnam macht und das ist es, was ihm auch seine überragende internationale Bedeutung gibt.

Zweifellos sind die Kräfteverhältnisse heute in vielfacher Weise ungünstiger. Arafat ist nicht Ho Tschì Minh, denn die Führung einer Bewegung ist in einem vermittelten Sinn immer auch ein Abbild der Kräfteverhältnisse.

Arafat ist gar der Architekt Oslos, des Friedensvertrags, der keiner ist und gegen den die neue Intifada ausgebrochen ist. Er lässt auf rebellierende Jugendliche schießen, bringt die besten und opferbereitesten Töch-

ter und Söhne seines Volkes hinter Gitter oder bricht ihnen die Knochen, er verbietet die freie Meinungsäußerung. Die von ihm geschaffene und präsierte Palästinensische Nationalbehörde (PNA) repräsentiert nicht den unversöhnlichen Befreiungskampf, sondern die Kooperation mit dem übermächtigen Feind, von der nur eine kleine privilegierte bürgerlichen Schicht profitiert. Arafat hat so nicht nur die nationale Würde an den Feind verkauft, sondern auch die internationale Solidarität zum Versiegen gebracht. Unter dem wohlklingenden Vorwand, dass die palästinensische Befrei-



ung die Sache des palästinensischen Volks selbst sei, hat er mit den reaktionären arabischen Regimes, mit den Statthaltern der imperialistischen Herrschaft, Frieden geschlossen und die einzige Kraft, die potentiell in der Lage ist Palästina zu befreien, nämlich die vereinten arabischen Volksmassen, als unzuständig erklärt.

Doch es ist verfehlt, Arafat als einfachen Kollaborateur anzusehen, der auf die andere Seite übergelaufen wäre. Denn Israel verlangt in der Substanz (und unabhängig von der jeweiligen

Regierung) nichts anderes als die palästinensische Selbstvernichtung. Der Zionismus will ganz Palästina, koste es was es wolle. Das kann und will Arafat nicht akzeptieren, denn dazu bedarf es letztlich auch keines Palästinenserpräsidenten mehr.

Angesichts des andauenden Massakers, der gezielten Tötungen, des Ausbaus der Siedlungen, der wirtschaftlichen Erdrosselung muss Arafat, einfach um sich zu behaupten, bis zu einem gewissen Grad die Interessen seines Volkes, das trotz der Hölle auf Erden fest entschlossen ist um sein Überleben zu kämpfen, verteidigen. In dem Maß, in dem er das tut, aber ausschließlich in diesem Maß, unterstützen wir ihn gegen Israel und seine imperialistischen Herren.

Jedoch wie bereits gesagt, die Befreiung des größten Gefangenenlagers der Geschichte, denn nichts anderes sind die besetzten Gebiete heute für die Palästinenser, kann nur durch die vom Antiimperialistische Lager in Assisi vergangenen Sommer in Paraphrase auf Ches "viele Vietnams" eingeschlagene Marschrichtung erzielt werden.

“Die politische und intellektuelle Lösung ist der binationale demokratische Staat”

Interview mit Dr. Azmi Bschara

Im Folgenden veröffentlichen wir ein Interview mit Dr. Azmi Bishara, einem palästinensischen Abgeordneten zur Knesset. Das Interview wurde im Herbst 2001 in der linken ägyptischen Zeitung Al-Arabi veröffentlicht. Bishara wurde kürzlich die parlamentarische Immunität entzogen (siehe dazu die Erklärung S. 8).

Al-Arabi: Herr Bishara, wenn man von einem Frieden zwischen Israel und den Palästinensern spricht, was sind die unabdingbaren Mindestmaßnahmen, die gemacht werden müssen, um einen historischen Ausgleich am Verhandlungstisch zu erreichen?

A.B.: Zwei Sachen müssen gemacht werden: Einerseits muss Israel das Recht des palästinensischen Volkes anerkennen, über sein eigenes Schicksal zu entscheiden, wie auch die Tatsache akzeptieren, dass der palästinensische Staat Teil des historischen palästinensischen Bodens ist.

Andererseits muss Israel die Ungerechtigkeit eingestehen, die den palästinensischen Flüchtlingen zugefügt wurde. Israel muss akzeptieren, dass das Problem der palästinensischen Flüchtlinge gelöst werden muß, indem es die Verbundenheit der Flüchtlinge mit ihren Dörfern anerkennt.

Die zweite Sache ist, dass die Palästinenser die jüdische Vergangenheit als Vertriebene in Europa anerkennen und somit die Besonderheit ihres kolonialistischen Imperialismus einräumen sollten.

Die Palästinenser müssen auch eine gewisse israelisch-jüdische Nationalität anerkennen, die ebenfalls ein Selbstbestimmungsrecht hat.

Al-Arabi: Meinen Sie, dass das Problem "der Rückkehr" wichtiger als die Frage des "Selbstbestimmungsrechts" ist?

A.B.: Von den Einwohnern Palästinas und von einem Teil der PLO könnte diese Meinung sehr negativ aufgefasst werden. Aber für die Palästinenser, die in Flüchtlingslagern außerhalb Palästinas leben, hat das Problem der Rückkehr mehr Priorität als das Selbstbestimmungsrecht. Außerdem ist letztendlich die palästinensische Volksbewegung als Bewegung für die Flüchtlinge und ihr Recht auf Rückkehr entstanden. Das war ihr Hauptziel.

Israel neigt dazu, das Problem der Flüchtlinge als beendet zu sehen, obwohl es in der Realität nicht so ist. Denn die Frage der Flüchtlinge ist historisch eine viel ältere Frage als die des palästinensischen Staates und dies hat auch die internationale Gemeinschaft und der Westen im Jahr 1948 zugegeben. Und wenn wir eine gleichberechtigte Lösung suchen, dann muss sie im

Rahmen eines binationalen Staates entstehen, der es den Juden ermöglicht, auch im Westjordanland und Gaza-Streifen zu leben, genauso wie den palästinensischen Flüchtlingen hinter die "Grüne Linie", also in die 1948 besetzten Gebiete, zurückkehren können.

Al-Arabi: Bedeutet das, dass es einen Staat geben soll, der aus einem aus zwei Nationalitäten bestehenden Volk in einem Gebiet bewohnt wird, das sich vom Jordan-Fluss bis zum Mittelmeer erstreckt?

A.B.: Ja. Ich lehne eine provisorische Lösung nicht ab, zwei Staaten für zwei Völker, solange aber diese Lösung provisorisch bleibt. Diese Übergangszeit soll dazu dienen, dass die Siedler langsam begreifen, dass sie nicht in den besetzten Gebieten bleiben können.

Ich glaube, dass am Ende des Weges ein binationales Volk entstehen wird. Die geographische Frage wird im Rahmen einer einheitlichen Existenz keine Probleme verursachen. In diesem Rahmen wird es einem Teil der Flüchtlinge möglich sein, zurückzukehren. Es gibt hierzu auch viele Lösungsmodelle. Es könnte beispielsweise das belgische Modell praktiziert werden, indem das binationale Prinzip auf allen Ebenen verwirklicht wird. Es würden also zwei getrennte nationale Parlamente mit einem übergeordneten Parlament entstehen. Und so entstehen zwei demokratische politische Entitäten, die zueinander nicht wie zwei getrennte Staaten stehen, sondern eine sehr enge Beziehung auf der Ebene der Außengrenzen, des wechselseitigen Handels und der Aufenthaltserlaubnisse unterhalten.

Im Endeffekt muss dieses Land als ganzes Palästina für die Palästinenser sein, und Israel für die Israelis.

Al-Arabi: Besteht die Möglichkeit eines zionistischen Friedens? Eines Friedens mit dem zionistischen Staat? Eines Friedens, der nicht auf der Befreiung Israels vom Zionismus beruht?

A.B.: Hier muss zwischen der "historischen Kompromisslösung" und dem "Ausgleich" unterschieden werden.

Einen Ausgleich kann man ohne eine historischen Kompromisslösung erreichen. Aber der Ausgleich ist durch einen zeitlichen Rahmen eingeschränkt, der eine ethische und historische Ebene hat.

Ein Ausgleich beruht auf Machtbalance. Dies war, was Rabin erzielt hatte, wobei er - meiner Meinung nach - das Recht nicht auf seiner Seite hatte.

Ein Ausgleich bedeutet, die Tatsache zu akzeptieren, dass es einen Besetzer und einen Besetzten gibt. Ein Ausgleich ist eine Art gegenseitigen Respektierens zwischen dem Besetzer und dem Besetzten, was Peres

immer wieder betonte.

Beide, Peres und Rabin, haben immer nur von Ausgleich gesprochen. Das ist schon gut, aber man kann nicht einen Ausgleich schließen und einen Frieden in der ganzen arabischen Welt erwarten, vor allem in der gegenwärtigen historischen Phase.

Das ist eine alte Debatte zwischen mir und der zionistischen Linken, da sie diesen Sachverhalt nicht versteht. Denn sie redet immer nur über das Problem vom Jahr 1967, als ob das Problem vom Jahr 1948 nicht existierte (und wenn es existiert, dann nur in der Wissenschaft und nicht in der Politik). Das ist ein großer Fehler. Und wenn Sie mich fragen, ob es einen zionistischen Frieden geben kann, dann antworte ich, dass es einen Ausgleich geben kann, aber nie einen umfassenden, endgültigen Frieden.

Al-Arabi: Wenn Sie davon ausgehen, dass der Zionismus eine kolonialistische und imperialistische Bewegung ist, und wenn wir annehmen, wie wir wissen, dass die Lösung der imperialistischen Konflikte in der arabischen Welt auf der Befreiung vom Imperialismus beruht, ist dann die Lösung des arabisch-israelischen Konflikts auch die Befreiung vom Zionismus?

A.B.: Wenn die Rede von einem Konflikt zwischen zwei Völkern ist, dann besteht die unmittelbare Lösung in der Befreiung der besetzten Gebiete im Westjordanland und im Gazastreifen.

Wenn wir von der politischen/theoretischen Ebene des Konfliktes sprechen, dann besteht die Lösung langfristig in der Befreiung Israels vom Zionismus. Das bedeutet, dass der Staat damit aufhören muss, sich als die Vertretung der zionistischen Bewegung zu präsentieren. Denn er ist keine Bewegung mehr, sondern er ist ein Staat, der sich als demokratisch bezeichnet. Das bedeutet, dass die Fundamente dieses Staates auf staatsrechtlichen Grundsätzen beruhen sollten und nicht auf nationalistischen. Ebenso sollte die besondere Stellung der jüdischen Frage, die besondere Stellung des "jüdischen Nationalfonds" und das israelische "Rückkehrgesetz", dass jedem Juden das Recht auf Einwanderung und sofortige Einbürgerung gibt, die Nichtjuden aber ausschließt, aufgehoben werden. Das bedeutet: die Führung des israelischen Staates muss in eine Verwaltung des Landes durch das Volk umgewandelt werden.

Al-Arabi: Betrachten Sie die Idee des jüdischen Staates als eine brutale? Sind Sie heute bereit, das

Existenzrecht Israels als Staat der Juden anzuerkennen?

A.B.: Gewiss ist diese Idee brutal. Denn der Zionismus war grundsätzlich nie eine Volkbefreiungsbewegung, sondern er war eine Bewegung, die sich das Ziel gesetzt hatte, einen Staat mit jüdischer Bevölkerungsmehrheit zu gründen, in einem Land, das mehrheitlich von arabischer Bevölkerung besiedelt war. Der Zionismus war eine Bewegung, die die Juden zu einer Nation machen wollte, indem er ihnen einen jüdischen Staat gründete. Und so verließ sich die zionistische Bewegung auf die kolonialistischen Praktiken und war somit

Teil des kolonialistischen Projekts des Imperialismus im Nahen Osten.

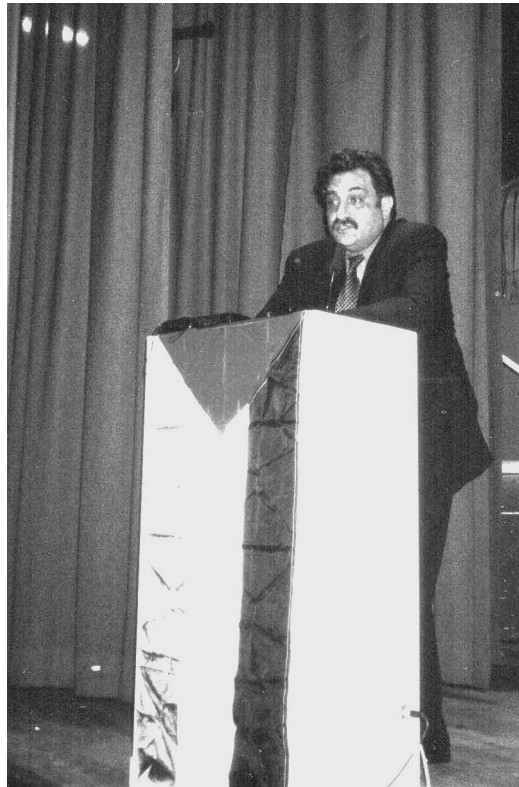
Der zionistische Imperialismus war durchaus anders als der britische, der französische oder der deutsche, aber trotzdem waren die zionistischen Praktiken imperialistisch geprägt, da sich die zionistische Bewegung auch als imperialistisches Projekt betrachtete.

Es ist klar zu sagen, dass, wenn du ein Land besiedelst, das nicht dein ist, und deine politischen Ziele auf Kosten eines anderen Volkes durchsetzen willst, du dann Gewalt benutzen musst. Daher wird diese Gewalt Teil deines Projektes. Und daraus entspringt der gewalttätige Widerstand der ursprünglichen arabischen Bewohner.

Al-Arabi: Bedeutet dies, dass Sie die Existenz eines jüdischen Volkes anerkennen, das das Recht auf einen eigenen Staat hat?

A.B.: Wenn Sie die Frage über die Existenz eines jüdischen Volkes stellen, dann ist meine Antwort: Nein, ich erkenne nicht die Existenz eines einzigen jüdischen Volkes auf der Welt an. Ich glaube auch, dass das Judentum eine Religion ist und kein Nationalstaat. Die Menschen jüdischen Glaubens sind auf der ganzen Welt verstreut und haben daher keine einheitliche nationale Identität. Daher bin ich der Ansicht, dass die weltweite jüdische Gemeinschaft kein nationales Selbstbestimmungsrecht im eigentlichen Sinne besitzt. Ich glaube auch, dass es vor der Entstehung des Zionismus kein nationalistisches Judentum in Europa gab. Denn das Judentum des damaligen Europa bestand aus religiösen Gruppen, die der Zionismus versuchte zu einem Volk und zu einem eigenen Staat umzuorganisieren.

Al-Arabi: Sind sie bereit zu akzeptieren, dass jüdisch-israelische Kinder und arabisch-palästin-



sische Kinder die gleichen Rechte auf dieses Land haben und dass es um einen Konflikt zwischen zwei Arten von Gerechtigkeit, zwischen zwei Arten von Recht geht?

A.B.: Es gibt keine Ähnlichkeit zwischen beiden Seiten. Es kann keine zwei Rechte auf einen Boden geben. Da stimme ich mit der zionistischen Linken nicht überein, weil der Konflikt in einem imperialistischen Rahmen stattfand und stattfindet.

Es haben sich in diesem Land Gruppierungen aus verschiedenen Ländern angesiedelt und den Boden, der einem anderen Volk gehörte, besetzt. Auch wenn es heute tatsächlich ein gewisses jüdisch-israelisches Volkstum gibt, hat dieses jedoch keinerlei Ähnlichkeit mit der arabischen Nation z.B. und die Behauptung, eine jüdische Nation würde existieren, ist falsch.

Es gibt überhaupt keine Ähnlichkeit in den Rechten von vor mehr als 50 Jahren von ihrem Boden vertriebenen Palästinensern und einer illusionären Gruppe, die vor 2000 Jahren aus Lodda vertrieben wurde. Somit gibt es keine Ähnlichkeit zwischen zwei unterschiedlichen Rechten.

Die Rechte der Palästinenser sind viel schwerwiegender und wir sind in dieser Phase verpflichtet, dies mit aller Deutlichkeit auszudrücken, da die rechten Zionisten behaupten, dass nur Israel Zugeständnisse machen würde, während die Palästinenser überhaupt nicht nachgeben würden.

Aber in der Realität müssen wir die Behauptung umkehren und den Israelis die Fragen stellen: Wo geht ihr denn nach? Auf was verzichtet ihr? Auf unser eigenes Land! Was ihr eigentlich tut, ist, dass ihr uns einen kleinen Teil von unserem eigenen Boden zurückgibt. Ihr gebt heute einen kleinen Teil eines Bodens zurück, den ihr einmal gestohlen habt.

Al-Arabi: Sie sagen, dass sie das Recht der Juden auf Selbstbestimmung akzeptieren. Praktisch schlagen sie einen Staat für die Einwohner in den Grenzen von 1967, die Rückkehr der Flüchtlinge, sowie einen palästinensischen Staat im Westjordanland und im Gazastreifen innerhalb eines arabischen Gebiets vor. Was Sie also theoretisch anerkennen, ist unmöglich zu schaffen. Denn unter solchen Umständen wird es für die Juden nie ein Recht auf Selbstbestimmung und auf einen Nationalstaat geben?

A.B.: Das Selbstbestimmungsrecht war nie ein absolutes Recht. Ich war bereit, das Selbstbestimmungsrecht in Bosnien und Jugoslawien anzuerkennen, was zu vielen Ungerechtigkeiten führte. Deswegen glaube ich nicht, dass die Juden im Jahr 1948 in Palästina ein Selbstbestimmungsrecht hatten und wenn es so ein Recht jemals gab, dann hat es schlussendlich zu Ungerechtigkeiten geführt, die ich nicht akzeptieren würde. Abgesehen davon reden wir heute über einen Staat, der real existiert. Daran ändert auch die Tatsache nichts,

dass ich in der Vergangenheit gegen die Entstehung eines solchen Staates war. Was wir heute anstreben, ist die Wiederherstellung einer gewissen Gerechtigkeit zwischen dem israelischen und dem palästinensischen Volk. Abgesehen davon gibt es heute eine jüdische Mehrheit, die der Staat vertritt, und im Falle der Entstehung eines binationalen Staates in Zukunft, wäre es möglich, dass ein Recht auf Selbstbestimmung existiert.

Al-Arabi: Besteht die Möglichkeit einer palästinensischen Anerkennung des Zionismus oder ist es dumm, überhaupt auf diese Idee zu kommen?

A.B.: An diese Idee zu denken ist dumm. Ich glaube sogar, dass die Zeit für die Juden gereift ist, sich von dieser komischen Geschichte des Zionismus zu befreien.

Ich sage das nicht, weil der Zionismus sich auf Kosten der Araber und der Palästinenser gebildet hat und ausgedehnt hat, ich sage das, weil der Zionismus auch bevor er nach Palästina kam, keine feste Grundlage hatte, denn er besteht aus einer Mischung von Religion und Volkstum bzw. Nationalität, die es nirgendwo auf der Welt gibt, weil das eine verrückte, unmögliche Idee ist.

Und so stellt sich heraus, dass trotz der gut entwickelten staatlichen Basis und der modernen Technologie die politische Kultur immer rückständiger wird, immer mehr nach rechts und extrem rechts tendiert, immer rassistischer und religiös fundamentalistischer wird. Somit entsteht das Gegenteil von dem, was Herzl vor hundert Jahren erzielen wollte, es entsteht ein religiöses "Veto".

Al-Arabi: Trotz all dem, wenn sie eine Position in dieser staatlichen Organisation innehaben, nehmen Sie doch am zionistischen Projekt teil?

A.B.: Richtig. Das ist das Paradoxon der Araber, die in Israel leben. Das ist das Paradoxon Azmi Bischaras im israelischen Staat. Denn es ist unmöglich zu sagen: "Ich bin stolzer Araber und ein treuer Israeli zur selben Zeit", das ist Unsinn. Dieses Paradoxon ist kein Paradoxon der Vernunft, sondern das Paradoxon, das die Realität erzwingt.

Al-Arabi: Fühlen Sie persönlich dieses Paradoxon in ihrem Alltag in der Knesset?

A.B.: Ich fühle diesen Konflikt täglich. Auf der einen Seite würdige ich die Knesset, auf der anderen Seite fühle ich eine gigantische Fremdheit, weil alles hier in einer jüdischen Symbolik versinkt, die mich verstößt, die Thora-Verse, die Reden über Jerusalem und das Bild von Herzl. Manchmal, in den Feierlichkeiten muss ich mich an meinem Tisch festhalten, um nicht zu explodieren, um nicht die Feierlichkeit zu verderben. Und so verbleibt nur noch ein bitterer Geschmack, der nichts an den Tatsachen ändert. Es ist sehr schwer für mich ...

Al-Arabi: Hat ihr "Loyalitätsversprechen" ihre

vorhin beschriebenen Schwierigkeiten hervorgerufen?

A.B.: Ich war wochenlang unentschieden, ob ich zu der Schwurzeremonie gehen soll, aber am Ende habe ich mich entschieden, es nicht zu verdrängen und doch hinzugehen.

Ich habe mich damit abgefunden, dass dies die Konsequenz davon ist, was ich erreichen wollte: Ich wollte Eingliederung und Gleichberechtigung, ich wollte eine Demokratie, die mich miteinbezieht, ich wollte kämpfen für die Existenz eines Staates und für die Bewohner, und ich wollte die Anerkennung einer palästinensischen Minderheit. Deswegen muss ich die Konsequenz des Schwures verkraften und akzeptieren. Aber ich war sehr nervös an dem Tag, so nervös, dass ich den Schwursatz vergessen habe, und es ist besser so. Die Formulierung beinhaltete, dass "ich Israel und seinen Gesetzen treu bin ...", ich habe kein Problem mit Israels Gesetzen, weil ich als Knesset-Mitglied Gesetzesänderungen einfordern kann. Mein Problem besteht in der Treue zum Staat Israel. Bedeutet dies die Treue zum Staat Israel, oder bedeutet es die Treue zu den grundsätzlichen Werten, auf denen der Staat entstanden ist, oder bedeutet es die Treue zur Judaisierung Palästinas...

Al-Arabi: Das Bild von Jamal Abdel-Nasser hängt bei Ihnen im Büro in der Knesset und im Büro in Al-Nassrah [Nazareth; die Red.].

A.B.: Als ich Anfang der sechziger Jahre in Al-Nassrah aufgewachsen bin, waren wir besiegte, verachtete Menschen. Viele von uns waren Flüchtlinge im eigenen Land, waren isoliert von der arabischen Welt und von unserem normalen kulturellen Umfeld.

Wir lebten in einer Belagerung innerhalb jener Reste, die die palästinensische Gesellschaft nach der Vertreibung im Jahr 1948 hinterlassen hatte.

Auf einmal hörten wir eine starke, selbstbewusste Stimme in unseren Radios, die sagte: "Wir sind ein Teil einer starken Nation, die vom Ozean bis zum Golf existiert". Plötzlich fühlten wir uns nicht mehr schwach und alleingelassen. Wir fühlten, dass wir uns auf jemanden verlassen konnten, vor dem Israel große Angst hatte, wir hatten wieder Hoffnung. Und so wurde Nasser mein Vorbild. Wann immer Abdel-Nasser eine Rede hielt, war unser Haus wie ein Kino, weil wir die einzigen waren, die einen Fernseher hatten.

Vielleicht war Nasser für uns eine Art Saladin. Ich habe an mehrere Helden in meinem Leben geglaubt: Saladin, Nasser und Lenin.

Und so hatte ich manchmal sogar die Vorstellung, dass

die Rote Armee uns befreien wird, vor allem vor dem Jahr 1967.

Ich habe damals nicht davon geträumt, dass Israel nicht mehr existieren soll oder dass die Juden verschwinden sollen, sondern ich wollte, dass die Araber den Krieg gegen Israel gewinnen und dass das arabische Volk Israel besiegt, um das Unrecht abzuschaffen.

Deswegen war der Schock sehr groß bei der Niederlage im Jahr 1967 und nach dem Tod von Abdel-Nasser erreichte der arabische Pessimismus seinen Höhepunkt. Denn plötzlich wurde klar, dass Israel nie verschwinden wird, es wurde uns klar, dass Israel kein einfaches

imperialistisches Phänomen (wie in Algerien oder Vietnam) ist und dass es in den rückständigen Verhältnissen der arabischen Welt nicht zu besiegen ist.

Al-Arabi: Wie definieren Sie sich? Als arabischer Nationalist mit der Tendenz zur arabischen Einheit? Als Nasserist?

A.B.: Vor allem bin ich Humanist. Ich bin Demokrat und liberal. Ich glaube, dass die nationale Identität und die Zugehörigkeit zu dieser Identität wichtige Bedingungen sind, um die Erneuerung der Gesellschaft zu fördern. Und ich finde keinen Widerspruch zwischen diesen Eigenschaften und

meiner Liberalität und somit definiere ich mich als arabischer Nationalist. Wenn ich in den arabischen Schulen vortrage, sage ich den Schülern, dass sie sich nicht für ihr "Arabisch Sein" schämen sollen und dass sie nicht denken sollen, dass "Erneuerung" israelisch ist, es gibt eine arabische Erneuerung, auf die man stolz sein soll. Und deswegen sehe ich mich als neuen Nasserist, unabhängig von der Kritik, die ich an ihn habe.

Abgesehen davon sehe ich ihn als den einzigen politischen Helden des arabischen Volkes im 20. Jahrhundert. Das nasseristische Projekt war grundsätzlich ein reformatorisches. Denn es versuchte, die Fundamente der Gesellschaft zu entwickeln und staatliche Institutionen zu schaffen, es versuchte, eine neue Industrie zu gründen, wie auch ein neues Militär und eine neue Verwaltung, die mit ihren Gesetzen die Würde des Volkes wieder herstellen sollte.

Ich sehe das Projekt Nassers als das einzige arabische Projekt des Jahrhunderts. Und deswegen müssen wir nicht heute von Null anfangen, Nassers Projekt wurde in der Mitte seines Weges unterbrochen und wir müssen heute diesen Weg auf eine demokratische kritischen Art weitergehen. Wir müssen die Idee Nassers im Sinne einer demokratisch erneuerten Idee wieder beleben. Ich glaube, dass dies schon anfängt, nachdem der politische Islam langsam in die Krise gerät.



Arafat lässt auf Palästinenser schießen

Am Montag, den 8. Oktober, gingen tausende Aktivisten und Sympathisanten von Hamas, an ihrer Spitze Studenten der Islamischen Universität von Gaza mit Bildern von Bin Laden, der in ihren Augen das Unglaubliche gewagt hatte, nämlich das Zentrum der US-Macht militärisch anzugreifen, mit Tafeln mit der Aufschrift "Hamas beglückwünscht Bin Laden zu seiner Tat", mit den grünen Fahnen des Islam und den gelben der Hizbollah auf die Straße.(1)

Die Kundgebung geschah ungeachtet eines Demonstrationsverbots, das die PNA erlassen hatte: Arafat hatte seiner Polizei schon im vornherein den Auftrag erteilt, sämtliche Sympathiekundgebungen für Bin Laden und gegen die Vereinigten Staaten gerichtete Demonstrationen aufzulösen (1, 2). Auch Fernsehinterviews über den US-Überfall auf Afghanistan waren von der palästinensischen Behörde verboten worden (3).

Die PNA hatte sich im Vorfeld bloß von Bin Laden distanziert, hatte aber zu dem Zeitpunkt - Arafat befand sich gerade in der US-Musterkolonie Ägypten - die Luftangriffe auf Afghanistan mit keinem Wort verurteilt (1). Die Stellungnahme Bin Ladens für die Palästinenser in den besetzten Gebieten aber hatte bei vielen Palästinensern wie eine Bombe eingeschlagen. Scharf waren die Reaktionen der Hamas. Die Bombardierung Afghanistans durch die Vereinigten Staaten sei "ein terroristischer Akt" (1) erklärten Hassan Yusef, Abdel-Aziz Rantisi und Ismail Hanyeh (4). Rantisi: "Das ist ein Krieg gegen den Islam und wir sind auf der Seite unserer afghanischen Brüder." (5)

Und sogar ein Aktivist von Al Fatah erklärte gegenüber Reuters: "Wir können die Waffen nicht niederlegen und die Intifada beenden, wenn dieser Mann (Bin Laden, A. d. R.) sagt, dass wir für Palästina kämpfen müssen." (1)

Es dürften mindestens fünftausend Demonstranten gewesen sein (1), die am 8. Oktober um etwa 11.30 Uhr vormittags vom Campus der Islamischen Universität bis zum Palestinian Legislative Council (6) zogen (7). Die Polizei - wohlgermerkt die palästinensische (8) - setzte sofort Schlagstöcke und Tränengas ein (1, 7).

Einige der Demonstranten antworteten darauf mit Steinwürfen. Darauf schoss die Polizei in Mannshöhe auf die Körper der Menschen (1). Der 19-jährige Yousef Muhammad Aqel wurde in die Brust getroffen und starb, das zweite Todesopfer der Nationalbehörde war der 13-jährige Abdullah Al Ifranji, der einen Kopfschuss abbekam. Ebenso am Kopf getroffen wurde der 19-jährige Haitham Abu Shamaleh (7). Er starb im Krankenhaus. 40 weitere Personen wurden verletzt (1). Der Polizei zufolge hätten einige Demonstranten zuerst



Das Begräbnis eines der von Arafats Polizei getöteten Palästinenser

geschossen, erst darauf hätte die Polizei das Feuer erwidert. Andere Zeugen berichten jedoch, dass tatsächlich einige Vermummte auf die Polizei geschossen hätten, aber erst nachdem die beiden Demonstranten getötet worden waren. (1)

Es waren dies die ersten Toten "unter Palästinensern" seit dem Beginn der Intifada.

Die Einschätzung der Behörden durch die Bevölkerung fand am Nachmittag desselben Tages ihren Ausdruck: Das Büro der Palästinensischen Fluglinie wurde in Brand gesetzt, ebenso zwei (palästinensische) Polizeiautos. Dann wurden Polizeiposten im Flüchtlingslager Shati und in der Nähe des Shifa-Spitals angegriffen (2).

Arafat erließ aus Kairo einen scharfen Befehl gegen sämtliche Versuche weiteren Widerstands: Alle Demonstrationen, "die dazu missbraucht werden können, den nationalen Interessen zu schaden", seien verboten. Und weiter heißt es: "Wer den mit Israel vereinbarten Waffenstillstand verletzt, ist sofort zu verhaften." (1)

Arafat hat nicht das erste Mal Leute aus dem palästinensischen Widerstand ermorden lassen. Im Jahre 1994 ließ er seine Polizei auf die Teilnehmer einer Demonstration schießen, die sich gegen die eben unterzeichneten Verträge mit Israel gerichtet hatte. Man weiß inzwischen, was diese Verträge wert sind. Dabei fanden 12 Menschen den Tod. Es seien "Feinde der Revolution" (1) gewesen, hetzte am Tag darauf Arafat.

Die Universitäten (die Islamische Universität und die benachbarte Al-Azhar-Universität) sowie die Schulen

von Gaza werden geschlossen, wie während der ersten Intifada, als sie von den israelischen Besatzern geschlossen worden waren, von denen sich Arafat kaum mehr unterscheidet. Ein enger Mitarbeiter des faschistischen Blut Hundes Sharon, Raanan Gissin, beglückwünscht die palästinensische Polizei zum Erfolg ihres Vorgehens gegen die Demonstranten in Gaza (11).

Ausländischen Journalisten wird Montag und Dienstag der Zutritt in den Gazastreifen verwehrt. Am Mittwoch wird die Zugangssperre wieder aufgehoben, die beiden Universitäten bleiben aber geschlossen (10). Am Tag darauf finden im Gazastreifen (im Flüchtlingslager Nusseirat und in der Stadt Deir el-Balah) und im Westjordanland (auf den Unis von Nablus und Betlehem) weitere Kundgebungen für Afghanistan und gegen Arafat statt. Wie in Ägypten, so werden auch in den Universitätsstädten im besetzten Palästina die Studenten gezwungen, mit ihren Demonstrationen innerhalb des Campus zu bleiben. Der Militärgouverneur von Nablus, Mohammed Al-Alul, teilt der Universitätsleitung mit, er werde keinesfalls Szenen wie die am Vortag dulden (11).

"Eine Periode der Ruhe ist jetzt im Interesse des palästinensischen Volkes." (11), meint Arafat. Es beginnen Verhaftungen durch die PNA. Vier leitende Vertreter des Islamischen Jihad werden verhaftet, ebenso ein Mitglied des bewaffneten Arms der Hamas. Weitere Hamas-Aktivisten werden in Nablus verhaftet. Mehrere Verhaftungen von Hamas- und Jihad-Aktivisten in einer Reihe von palästinensischen Städten sollten folgen (12). Am 9. Oktober ist in einem Gefängnis von Nablus ein Palästinenser unter nicht geklärten Umständen gestorben. Ihm wurde Kollaboration mit Israel zur Last gelegt. Einer palästinensischen NGO zufolge sei Imad el-Bezreh zu Tode gefoltert worden. Es ist der 27. Todesfall in einem palästinensischen Gefängnis, bei dem der Gefangene auf abrupte Weise und unter nicht geklärten Umständen zu Tode kam (11).

Am Montag, den 15. Oktober, fand unter der Teilnahme von Tausenden das Begräbnis des 19-jährigen Haitham Abu Shalameh im Flüchtlingslager Khan Younis im südlichen Gazastreifen statt. Das Begräbnis wurde zu einer eindeutigen Demonstration gegen die PNA. "Wir sagen allen verkommenen und korrupten Mitgliedern der Palästinensischen Nationalbehörde, ihr seid bald dran und werdet bestraft werden!" riefen die Leute mit geballten Fäusten (13).

Die Familie des Ermordeten gehört zu den größten Clans im Gaza-Streifen. Arafat hatte dieser Familie, nachdem er den Jungen ermordet hat, auch noch sein Beileid ausgedrückt. Die Familie hat die Beileidsbekundung zurückgewiesen: Zuerst sei der Polizeichef für die Morde zur Verantwortung zu ziehen. Der Gipfel



der Provokation: Die israelischen Faschisten entblödeten sich nicht, aus einer etwa 500 Meter vom Friedhof entfernten Siedlungen auf die Trauernden zu schießen, von denen drei verletzt wurden. (13)

So wie die Palästinenser von zwei Seiten in die Zange genommen werden: von den zionistischen Kolonisten, "Siedler" genannt, und von der palästinensischen Polizei, ebenso gehen auch die Medien beider staatlicher Gebilde gleichermaßen mit Zensur vor: Wenn Arafat Interviews über Afghanistan im palästinensischen Fernsehen verbietet, so haben die Israelis kurze Zeit darauf Interviews mit Vertretern radikaler palästinensischer Gruppen im israelischen Rundfunk und Fernsehen verboten. "Wir werden Terroristen und Leuten, die gegen Israel sind oder gegen Israel kämpfen, keine Plattform bieten", meinte Raanan Cohen, der für Rundfunk und Fernsehen verantwortliche Minister. Die Zensur-Direktiven betreffen konkret leitende Exponenten von Hamas und Islamischem Jihad, sowie die PFLP. Auffallend, dass dies auch die Gegner Arafats sind. Arafats Gegner sind auch die der Zionisten.

Carmela Yisraeli, die Sprecherin der Rundfunk- und Fernsehbehörde, geht aber noch weiter und meint, jegliche gegen Israel gerichtete Position sei zu zensurieren: "Das betrifft einen jeden, der sich in unserem Rundfunk im Zusammenhang mit dem palästinensischen Widerstand gegen Israel äußert." Eine totalitäre Formel ist nicht leicht zu finden. Frau Yisraeli zufolge seien auch Vertreter offizieller Institutionen davon betroffen, etwa die humane und moderate Hanan Ashrawi, die nunmehrige Sprecherin der Arabischen Liga (14).

Der Chefredakteur von Al Istiqlal, Ala al-Saftawi, wurde am 11. Oktober von der palästinensischen Polizei verhaftet, da er die Polizeirepression gegen die Demonstration der islamischen Studenten am 8. Oktober kritisiert hatte. Der Leiter von Free Voice, einer Organisation zur Unterstützung palästinensischer Journalisten, Mahir al-Alami, fordert in einem Schreiben an Arafat die Freilassung des Journalisten. Das berichtet die Stimme Israels in ihrem arabischen Programm. (15) Aug und Ohr Gegeninformationsinitiative (redaktionell gekürzt)

Anmerkungen:

- (1) Michele Giorgio: L'ANP spara, tre morti ("Die PNA schießt, drei Menschen sterben"), in: manifesto, 9. 10. 2001
- (2) Lee Hockstader/Washington Post, in: The Plain Dealer: Bin Laden supports clash with police in Gaza "Bin Laden ist das Thema der Unruhen im Gazastreifen", 9. 10. 2001
- (3) Giancarlo Lannutti: Gaza, Hamas inneggia a Bin Laden ("Im Gazastreifen jubelt Hamas Bin Laden zu"), Liberazione, 9. 10. 2001
- (4) Scheich Hassan Yusef: führender Exponent der Hamas, Hardliner der jüngeren Generation, großer Einfluss auf die Jugend; Dr. Abdel Aziz Rantisi: Mitbegründer der Hamas im Jahre 1987, zusammen mit dem 64-jährigen Scheich Ahmed Yassin, von 1988 bis 1990 in Haft, 1992 von den Israelis mit 400 anderen Hamas- und Jihad-Islami-Aktivisten an eine völlig isolierte Stelle im Südlibanon zwangsdeportiert. Von 1992 bis 1997 erneut in Haft. Sprecher des politischen Flügels im Gaza-Streifen; Ismail Hanyeh ist ein weiterer Sprecher der Hamas.
- (5) Sangue a Gaza, morti: 2 manifestanti di Hamas, La Repubblica, 8. 10. 2001
- (6) Volksvertretung, Parlament
- (7) LAW: LAW condemns lethal force used by police against demonstrators in Gaza ("LAW verurteilt den tödlichen Einsatz von Waffen gegen Demonstranten in Gaza durch die Polizei"), 10. 10. 2001 (<http://www.lawsociety.org>)
- (8) Diese "palästinensische" Polizei scheint eine ähnliche Funktion einzunehmen wie die Ertzaintza, die pseudobaskische, von der Madrider Zentralregierung im Rahmen des CIA-Sonderprogramm ZEN (Zona Especial Norte, "Sonderzone Nord") eingesetzte Aufstandsbekämpfungspolizei.
- (9) Gassan al Khatib: Der bekannteste palästinensische Analyst, Direktor des Jerusalem Media Center. In der spanischen und italienischen Presse sehr präsent.
- (10) Jamie Tarabya/AP: Palestinians angry over Arafats police force, 11.10. 2001
- (11) Aldo Baquis: Arafat chiude l'università di Gaza ("Arafat schließt die Universität von Gaza"), La Stampa, 10. 10. 2001 Die letzte bürgerliche Hardlinerzeitung eines Nachbarlandes bietet am einem Tag mehr Informationen als der Standard und ähnliche Informationsverknappungsorgane Österreichs in einem Monat.
- (12) Das berichtet das hebräischsprachige Radio Israels, zitiert in Arabic News, 15. 10. 2001
- (13) Wafa Amr: Thousand march against Palestinian Authority, Reuters, 15. 10. 2001
- (14) Suzanne Goldenberg: Israel silences radical Palestinian voices ("Israel bringt radikale palästinensische Stimmen zum Schweigen"), The Guardian, 23. 10. 2001
- (15) Radio Israel, zit. nach Voice of Israel, in Arabic, 14. 10. 2001, in: Palestine Times, 15. 10. 2001, <http://www.palestinetimes.com>

Die französisch-israelischen Nuklearkooperation

In einem Dokumentarfilm des israelischen Fernsehens (Zweiter Kanal), ausgestrahlt am 14. November 2001, deckte der heutige israelische Außenminister Shimon Peres auf, wie Frankreich im Jahr 1956 Israel einen Nuklearreaktor zur Verfügung stellte. In dem Dokumentarfilm, der unter dem Titel "Die versteckte Bombe" ausgestrahlt wurde, erzählt Schimon Peres, dass Frankreich Israel "nicht nur mit einem Reaktor beliefert hat, sondern auch mit dem notwendigen Uran". Die Verhandlungen über den Atomreaktor fanden am Rand der Vorbereitungsverhandlungen für den gemeinsamen Angriff auf Ägypten statt, der von den zwei Ländern gemeinsam mit England ausgeführt wurde (der Suez-Krieg). Zu dieser Zeit war Peres der Generaldirektor des Nuklearprogramms im israelischen Verteidigungsministerium und unterhielt feste Bindungen mit der damaligen sozialdemokratischen französischen Regierung unter dem Vorsitz von Guy Mollet. Dank der französischen Hilfe konnte Israel die Nuklearanlage in Dimona in der Negev-Wüste nach dem Modell der französischen Anlage Saclay bauen. Frankreich, das damals mit dem Aufstand in Algerien konfrontiert war, sah in Israel einen strategischen Partner gegen die antikoloniale Bewegung, auf deren Seite Nassers Ägypten stand. Die nukleare Kooperation zwischen den beiden Staaten dürfte auch nach der Machtübernahme de Gaulles trotz seiner Opposition fortgesetzt worden sein. Die Dokumentation zeigt weiters, dass Israel von Frankreich verlangte, die neu gekauften Mirage-Flugzeuge mit den notwendigen Geräten zu bestücken, die diese zum Abwerfen von Atombomben befähigen. Israel besitzt heute zwei Atomreaktoren, den im Negev und einen zweiten in Nachal Sorek, südlich von Tel Aviv. Israel ist eines der wenigen Länder, die es ablehnen, das internationale Abkommen über die internationale Kontrolle der Atomenergie zu unterzeichnen.



Israel spielt sich mit dem Atomkrieg!

Eine maßlose Drohung hat der Sprecher der Regierung Sharon, Avi Pazner, in Rom ausgestoßen. "Auch wir bereiten uns auf einen nicht-konventionellen, bakteriologischen oder auch nuklearen Krieg vor", erklärte Pazner in einem Interview mit der römischen Tageszeitung Il Tempo am 27. Oktober 2001 (1). Pazner war vor einigen Jahren Botschafter Israels in Rom, wurde dann nach Paris versetzt und ist jetzt das Sprachrohr der Regierung des Massenmörders Sharon. Zuvor war er bereits Sprecher des Extremisten und Mörders Shamir.

In dem Interview äußerte sich Pazner unter anderem folgendermaßen auf die Fragen der Interviewerin:

Frage: Amerika kämpft gegen einen bakteriologischen Krieg. Muss Israel sich davor ebenso fürchten?

Pazner: Auch wir bereiten uns auf einen nicht-konventionellen, bakteriologischen oder auch nuklearen Krieg vor. Unsere Feinde, die auch die Feinde der Menschheit sind, sind bereit, zu jedem denkbaren Mittel zu greifen, um die größtmögliche Anzahl von Israelis zu treffen und zu töten. Wir müssen auf alle Szenarien gefasst sein und wir sind es, auch auf die unwahrscheinlichsten und auf Verwüstungen allergrößten Ausmaßes.

Frage: Auch auf einen Nuklearkrieg?

Pazner: Sie haben es gesagt.

Nur: wer ihn beginnen wird, das hat Herr Pazner geflissentlich vergessen zu präzisieren. Als Diplomat weiß Pazner, wie er die Sprache oszillieren lassen kann. Auch wir bereiten uns auf einen nuklearen Krieg vor (2) - vordergründig sind die Gegner gemeint, die Israel vernichten wollen. Es könnte aber auch heißen, daß sie sich auf einen Erstschatz vorbereiten. Und weiters heißt es: Wir müssen auch auf einen Nuklearkrieg gefasst sein. Explizit wird nirgends behauptet, dass Israel ihn beginnen wird, es wird bloß gesagt, dass auf Israel ein Nuklearkrieg zukommen wird - in den es vielleicht auch einsteigen wird, wird mitsuggeriert.

Das israelische Nuklearpotential ist allerdings seit langem für einen nuklearen Erstschatz eingerichtet. Bereits drei Mal in der Geschichte Israels wurde ein nuklearer Erstschatz in Erwägung gezogen - und dann

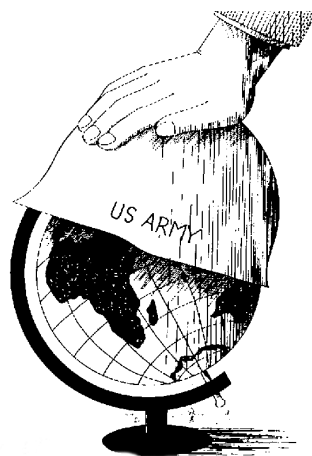
wieder gestoppt. Wenn Pazner einen neuerlichen nuklearen Anlauf Israels gemeint hat, so gibt es - mit den Worten des manifesto, das dieses Interview sofort weiterverbreitet und kommentiert hat - "keinen Grund, ihm nicht zu glauben." (3)

Riesige Nukleardepots befinden sich in Dimona in der Negev-Wüste, Nes Tziona, in der Nähe von Tel Aviv, beherbergt ein riesiges chemisch-bakteriologisches Kriegsarsenal.

Israel führt nicht nur Krieg, es ist Krieg.

(1) OLGA BISERA: A colloquio con l'ex ambasciatore Avi Pazner. ("Im Gespräch mit dem ehemaligen Botschafter Avi Pazner"), Il Tempo, 27. 10. 2001 (<http://www.iltempo.it/Web/archivio/archivio.htm>)

(2) Das Wort combattere (sowohl bekämpfen, als auch Krieg führen) wird in der Frage der Interviewerin eindeutig im Sinn von gegen etwas kämpfen verwendet.



Amerika kämpft gegen einen bakteriologischen Krieg, führt nicht etwa einen bakteriologischen Krieg. Es gibt zwar immer häufiger Hypothesen, die gerade auf letzteres hinauslaufen, aber es ist in diesem Kontext nicht anzunehmen, dass es die Absicht des Interviews ist, solche Hypothesen zu propagieren. Dasselbe combattere wird in der Antwort des Regierungssprechers mit guerra verbunden, was einfach "Krieg führen" bedeutet. In dem Zusammenhang und in Analogie zur Verwendung des Wortes in

der Frage nimmt combattere allerdings die Bedeutung von gegen etwas kämpfen an. Aber das semantische Material an sich, das von Pazner in seiner Antwort verwendet wird, bedeutet Kriegsführung: Auch wir bereiten uns auf die Führung eines nicht-konventionellen, bakteriologischen oder auch nuklearen Krieges vor. Das mag immer noch heißen: Führung durch den Gegner, kann heißen: Führung durch Israel selbst. So gefährlich wie die Politik Israels selbst ist diese oszillierende und dabei unbarmherzig undeutliche Sprache.

(3): M. M.: Pronti a usare l'atomica (Bereit zum Einsatz von Atomwaffen), manifesto, 28. 10. 2001

Als der Panzer auf die Schule schoss

Der Mord an der 10-jährigen Schülerin Riham Ward

Dies ist ein Augenzeugenbericht über das Bombardement einer Schule in der Stadt Dschenin im Norden des Westjordanlands während der neuerlichen Besetzung der Stadt durch die israelische Armee, die parallel zu Teilbesetzungen weiterer fünf Städte des Westjordanlands lief. Der Bericht wurde zum ersten Mal am 26. Oktober in der in London erscheinenden arabischen Zeitung al-Quds al-'Arabi veröffentlicht. Er basiert auf den Aussagen der Schuldirektorin, die miterlebte, wie die Schule beschossen wurde, und den Aussagen des Vaters Rihams, der bei der palästinensischen Polizei arbeitet und sich mit seiner Einheit während des Angriffes 500 Meter von der Schule entfernt befand. Seit 30. September 2000 sind 850 Palästinenser durch die israelische Besatzungsarmee bzw. durch die zionistischen Siedler getötet worden. Darunter sind 229 Minderjährige. Der Mord an Riham Ward ist kein Sonderfall, sondern ein typisches Beispiel eines palästinensischen Lebens - und Todes.

Ein schreckliches Bild bot sich am frühen Morgen des 18. Oktober 2001 in der Ibrahim-Volksschule für Mädchen. Blut, Schultaschen, Mädchenschuhe unter den gekippten Sesseln der 1B-Klasse. An der Tafel standen die Buchstaben der Englischstunde: "a, o, u, p, s" und noch die Zahlen von 0 bis 9 aus der Rechenstunde. Unter den Zahlen und Buchstaben sah man die Einschusslöcher schwerer Maschinengewehre. Auf dem Boden waren große Blutflecken von Riham Ward und fünf weiteren Mädchen sowie der Lehrerin, die beim Beschuss der Volksschule verletzt worden waren. Dies war ein Teil der "Terrorbekämpfungs-Operation", in der die israelische Besatzungsarmee sechs palästinensische Städte angriff und teilweise erneut besetzte. Um 7:30 Uhr morgens drangen die israelischen Panzer in die Stadt Dschenin im Norden des Westjordanlands ein. Die Strassen waren voller Schüler und Zivilisten, die auf dem Weg zur Arbeit waren. Die palästinensischen Polizeieinheiten zogen sich 150 Meter in eine unbewohnte Zone zurück, um ein Feuergefecht zu vermeiden, das vielen Passanten das Leben kosten würde.

Die israelischen Panzer schossen mit Maschinengewehren auf das Viertel, das am Rand der Stadt liegt. Die erste Schulstunde hatte noch nicht begonnen und alle Schüler waren noch im Schulhof. Ein Panzer näherte sich dem Schulgebäude und stand vor dem Tor der Schule. Der Panzer war mit zwei MG500 (12 mm) an den Seiten und einem MG800 (20 mm) vorne ausgerüstet. Zwei weitere Panzer standen ebenfalls jeweils 100 Meter entfernt. Als die Schüsse zu hören waren, liefen bzw. krochen alle in die Klassen. Die Schuldirektorin Wafa' Hamdan erzählt: "Um 6:30 Uhr

morgens machte ich mich auf dem Weg zur Schule. Ich hatte davor in den Nachrichten über einen israelischen Angriff auf die Stadt gehört. Die ersten Mädchen trafen bei der Schule ein. Ich merkte, dass viele Mädchen nicht gekommen waren, was ich nach den Nachrichten über einen Angriff auf die Stadt erwartet hatte. Um 7:30 Uhr waren etwa hundert Schülerinnen auf dem Schulhof, als wir heftiges Schießen hörten. Die Schülerinnen begannen zu schreien. Ich kam mit den Lehrerinnen aus dem Büro und sah, wie die Mädchen versuchten, aus der Schule hinaus zu gelangen. Ich ging zum Haupttor, wo ich einen jungen Mann fand, der seine Schwester nach Hause bringen wollte. Er sagte mir, dass ein Panzer vor



dem Schulgebäude steht. Da wies ich die Mädchen an, in die Klassenräume zu gehen. Kaum hatte ich ausgesprochen, begann der Panzer auf die Schule zu schießen und wir liefen im Kugelhagel. Alle liefen in Panik in die Klassen des Erdgeschoßes. Einige Mädchen stolperten und wurden von den anderen in der Panik überrannt. Riham ging mit ihrer Schwester Abir in die 1A-Klasse, aber sie flüchteten in den Raum der 1B, weil diese sich näher zum Ausgangstor befindet. Sie waren die letzten, die das Klassenzimmer betraten. In dem Moment, als sie den Raum betraten, wurde die Schülerin Tahrir Manasrah von einem Geschoß am Kopf getroffen. Sie fiel gleich bei der Tür zu Boden, wo Riham noch stand. Riham beugte sich zu ihr hinunter und versuchte, sie in die Klasse zu schleppen. In diesem Moment wurde Riham von

einem Schuss in die Brust tödlich getroffen. Sie fiel auf ihre Kollegin. Sie hatte noch ein Bild dabei, das sie für die Schule auf Karton gezeichnet hatte. Der Karton war mit ihrem Blut getränkt."

Abir, die jüngere Schwester Rihams erzählt: "Ich habe sie umarmt. Sie sah mich an und lächelte, dann kam das Blut aus ihrem Mund."

Weiters wurden Sahar Sleit (12 Jahre) aus der sechsten Klasse am Hals, Samah Awad (12 Jahre) aus der sechsten Klasse von Geschoßen am Kopf und Auge, Randa Dab'i (7 Jahre) aus der zweiten Klasse von Geschoßen an der Brust, Dana Ardscha (10 Jahre) aus der vierten Klasse von Geschoßen im Gesicht und die Lehrerin Qamar Erscheid am Arm, während sie versuchte, den Verletzten zu helfen, verletzt.

Die Schuldirektorin erzählt weiter: "Der Panzer schoss 30 Minuten lang. Die Mädchen legten sich auf den Boden. In den Klassen flogen Bruchstücke von Fensterscheiben und durchschossenen Wände umher. Die Telefonleitung war zerstört. Viele Jugendliche eilten im Bombenhagel in die Schule, um die Verletzten zu retten. Wir evakuierten die Mädchen unter Beschuss aus den Klassenräumen zur hinteren Mauer. Wir rissen das Geländer des Treppenhauses heraus und machten daraus eine Leiter, mit der man über die Mauer in die benachbarte Pflasterfabrik gelangen konnte. Vor der Fabrik standen die Rettungswagen, die die Verletzten in die Spitäler brachten. Wir schickten die anderen Mädchen in die benachbarten Häuser, wo man die Familien anrufen konnte. Die Mädchen trauten sich erst am 22. Oktober wieder zur Schule zu kommen".

Nabil Ward, der Vater Rihams, ein Polizist, dessen Gruppe sich 500 Meter von der Schule entfernt befand, erzählt: "Vier Tage vor ihrem Tod bat sie mich darum, ihr Karton und Farben zu kaufen. Sie wollte ein Bild für die Schule malen. Auf den Karton malte sie die Aqsa-Moschee von Jerusalem und Blumen. Sie malte gern. Eine Woche davor malte sie einen Panzer, der auf ihre Schule schießt!".

Die "Schule der zwei Ibrahims" ist nach zwei palästinensischen Freiheitskämpfern benannt, die im Jahr 1992 bei der ersten Intifada in einem Feuergefecht mit den Spezialeinheiten der Besatzungsarmee fielen. Ibrahim Zoreqi und Ibrahim Jalamneh gehörten der Widerstandsgruppe "Black Panther" an. Sie verschanzten sich in einem Haus, das neben der heutigen Schule liegt. Das Gefecht dauerte die ganze Nacht lang an. Als die Schule im Jahr 1998 gebaut wurde, forderten die Anrainern, dass sie nach den beiden Freiheitskämpfern benannt würde.

Die Direktorin erzählt: "Die Eltern Abirs haben versucht, sie in eine andere Schule zu versetzen, die näher zu ihrem Haus war. Abir aber lehnte



dies ab, weil für sie der Name der Schule viel bedeutete. Ihr Vater erzählte auch, dass sie zu Hause immer die Bilder der Gefallenen sammelt, um für sie in der Schule eine Gedenktafel zu errichten".

Riham war nicht die erste, die die Familie Ward verlor: Die Familie wurde 1948 aus Akko in den Libanon vertrieben, wo sie lebte, bis der Vater im Jahr 1994 nach dem Oslo-Abkommen ins Westjordanland zurückkehrte und dort als Polizist arbeitete. Im Libanon verlor die Familie durch israelische Angriffe mehrere ihrer Mitglieder. Nabil Ward erzählt: "Riham ist nicht unsere erste Märtyrerin. Meine Schwester Na'mat (17 Jahre) starb ebenfalls in der Schule im Flüchtlingslager Ein el-Hilweh, als die Israelis uns im Jahr 1974 im Libanon bombardiert hatten. Mein Bruder Mustafa Ward (18 Jahre) starb im israelischen Bombardement von Beirut im Jahr 1976. Bei der israelischen Invasion im Libanon im Jahr 1982 wurde unser Haus am ersten Tag des Krieges von einer Bombe getroffen, die von einem israelischen Kriegsschiff abgeschossen wurde. Da starb mein Neffe Mustafa (12 Jahre). Mit Sharon und seinen Leuten haben wir schon eine zu lange Rechnung."

Nasir Rimawi, al-Quds al-'Arabi



Das Massaker von Beit Rima

Eine der letzten "Fatwas" des israelischen Tourismusministers Rahbaam Zeevi, der von der PFLP als Antwort auf die Ermordung ihres Vorsitzenden hingerichtet wurde, war: "Wir müssen für jeden toten Israeli 50 Palästinenser töten!" Sharon, der schon ohne Ansporn eine ähnliche Politik verfolgte, tat dies nach der Hinrichtung Zeevis wortwörtlich: In weniger als einer Woche sind 48 Palästinenser, meist Zivilisten, ermordet worden. 6 Städte des Westjordanlands wurden erneut teilbesetzt, Wohnviertel wurden bombardiert, arabische Fahrzeuge angeschossen und weitere Agrarfelder und Olivengärten mit Bulldozern zerstört. Weiters verfolgt die Besatzungsmacht ihre Politik der extralegalen Hinrichtung, der bisher 94 palästinensische politische Aktivisten zum Opfer gefallen sind. Zwischen dem 28. September 2000 und 30. November 2001 sind 845 Palästinenser getötet worden. Wir beschränken uns hier auf dem Vorzeigefall Beit Rima, einem kleinen Dorf (4000 Einwohner) im Westjordanland, das zwischen Ramallah und Nablus liegt. Das Dorf wurde auf der gleichen Weise attackiert, wie vor etwa 45 Jahren das Dorf Qibya von einer israelischen Truppe, die von Sharon geführt war, angegriffen wurde.

Am 24. Oktober nach einer Schreckensnacht, wo die israelische Armee in die arabische Städte Bethlehem, Tulkarem und Abu Dies eindrang und 5 Palästinenser tötete, wurde das Dorf Beit Rima aus der Luft und mit Panzerkanonen für drei Stunden intensiv beschossen. Dann stürmten hunderte Besatzungssoldaten das Dorf, schossen auf die Häuser und sammelten die Dorfbewohner samt Frauen und Kindern im Dorfzentrum. Alle, die versuchten, über die Felder zu flüchten, wurden von den Hubschraubern angeschossen und getötet oder verletzt. Dies geschah unter voller Isolation des Dorfes. Es wurde den Rettungswagen und Journalisten



der Eintritt ins Dorf verwehrt. Ein lokaler Arzt bezeugte bei einem telefonischen Gespräch mit der in London erscheinenden arabischen Zeitung Alquds Alarabi, er habe 6 Tote in den Gassen des Dorfes gesehen. Andere sollen in den Olivengärten um dem Dorf gefallen sein. 50 Einwohner wurden verletzt. 20 Jugendliche wurden verhaftet, fünf Häuser besetzt und neun gesprengt und die Felder wurden in Brand gesetzt. Zerstört wurden auch eine Schule und das Rathaus. Ein Sprecher der Besatzungsarmee behauptete später, die Armee habe Informationen erhalten, dass sich die Personen, die Rahbaam Zeevi erschossen hatten, im Dorf verstecken würden. Die Verhaftungen wurden in diesem Zusammenhang dargestellt. Die Besatzungsarmee behauptete auch, dass es sich bei allen Toten um "bewaffnete Terroristen" handelt.

Unter den Toten waren die fünf Dorfpolizisten. Die Zelle, die den Tourismusminister erschoss, ist laut Berichte der israelischen Zeitung Haaretz nicht in Beit Rima aufgefunden worden. Der Militärführer der Besatzungsarmee, General Isaak Gerschon, teilte der Presseagentur Reuters mit: "Wir verhafteten einen Teil der Zelle, die den Minister tötete". Ob die Täter unter den Verhafteten waren, wusste der General nicht und begnügte sich mit der Rechtfertigung: "Das ist das Dorf, aus dem die Mörder kamen!"



Israels Botschafter in Kopenhagen wegen Folter angeklagt

Kopenhagen - AFP - AlQudsAlArabi: Drei palästinensische Flüchtlinge in Dänemark erhoben Anklage gegen den neuen israelischen Botschafter Karmi Gillon wegen Folter, der sie während ihrer Inhaftierung in israelischen Gefängnissen ausgesetzt waren. Gillon war in den Jahren 1995-1996 Chef der israelischen internen Sicherheit "Schabak". Unter seinem Vorsitz sind laut der Menschenrechtsorganisation "Human Rights Watch" mindestens hundert Palästinenser beim Verhör gefoltert worden. Karmi Gillon ist zum Botschafter Israels in Dänemark ernannt worden und ist am 15. August in Kopenhagen eingetroffen, was eine Welle von Protesten von linken und Menschenrechtsorganisationen auslöste, die vergebens von der dänischen Regierung forderten, seine Papiere abzulehnen. Hunderte dänische und palästinensische Aktivisten demonstrierten vor der israelischen Botschaft gegen den Amtsantritt Gillons.

Provokativ wirkten die Aussagen Gillons in den dänischen Medien, wo er den "mäßigen körperlichen Druck" befürwortet. Jans Modwig, der Generalsekretär des "Internationalen Rates für die Rehabilitation von Folteropfern", dessen Zentrale in Kopenhagen ist, postulierte: "Wir können Henkern nicht erlauben, sich frei in Dänemark zu bewegen". Er erinnerte daran, dass die UNO-Konvention gegen Folter, die von Dänemark unterschrieben wurde, "die dänische Regierung auffordert, alle wegen Folter Verdächtige gerichtlich zu verfolgen".

Karmi Gillon ist der Erfinder des "gewalttätigen Schüttelns", einer Foltermethode, bei der der Oberteil des Verhörten stark nach vorne und hinten gebeugt wird, was zu einem gewaltigen Schütteln des Halses und des Kopfes führt. Diese Methode verursacht gefährliche Schäden im Gehirn und in der Wirbelsäule, Bewusstlosigkeit, Erbrechen und starke Kopfschmerzen. Im Zeitraum 1995-1996 sind 85% der palästinensischen Verhafteten gefoltert worden. Ein Todesopfer dieser Methode war der Palästinenser Abdulsamad Hureisat, der am 24. Mai 1995 unter Folter starb.

Gillon, der den berühmten Slogan geprägt hat, dass "jeder palästinensische Gefangene eine Zeitbombe ist", arbeitete in seiner Amtszeit als Sicherheitschef daran, Sondergenehmigungen des israelischen Justizministeriums auszustellen, um Gefangene unter "mäßigen körperlichen Druck" zu setzen und sie so zum Reden zu zwingen.

Eine israelische Mine tötete fünf Kinder aus der gleichen Familie

Am 22. November ereignete sich in Khan Yunis im Gaza-Streifen eine Tragödie, deren Opfer fünf Kinder der Familie Astal waren. Am frühen Morgen waren Mohammed Astal (14 Jahre alt), sein Bruder Akram (16), ihre Cousins Anis (10) und Omar (14) und noch ein Verwandter, Mohammed (12) auf dem Weg zur Schule, als ein unbekannter Gegenstand explodierte und die Körper der Kinder zerriss. Dies geschah nahe des Hauses ihres Onkels, wo sie ihre Cousine und deren Bruder abholen wollten. Der kleine Ahmad (10), der nur wegen der Verspätung seiner kleinen Schwester überlebt hat, stand fassungslos vor den Körperteilen, die sich blutgetränkt mit den Fetzen der Schulbücher

und Taschen mischten. Er konnte kaum glauben, dass diese noch vor Minuten seine lebendige Cousins waren. Er erzählt: "Sie gingen an unserem Haus vorbei. Ich musste auf meine kleine Schwester warten. Ich stand an der Tür, als ich plötzlich



lich eine starke Explosion hörte und sah, wie Dinge in die Luft flogen. Ich lief zum Vater, der mir sagte, ich soll ins Haus gehen und die Tür zusperren. Er dachte, die Israelis bombardierten das Viertel". Die Körperteile der Burschen waren überall verstreut. Die Einwohner des Viertels sammelten sie von den Bäumen, Gärten und Hausdächern. Die Einwohner meldeten, dass die israelischen Bulldozer in der vorherigen Nacht unter dem Schutz der Armee einen Teil der Strasse demoliert hatten. Sie vermuteten sogleich, die israelische Armee habe eine Miene gelegt, um die Jugendlichen zu töten, die diesen Weg oft benutzt hatten, um die israelische Siedlung anzugreifen. Die israelische Armee behauptete am Anfang hingegen, dass es sich um eine nicht explodierte Bombe handelte, die von einem Panzer abgeschossen worden war und von einem der Kinder scheinbar mit dem Fuß getreten wurde. Am 24. November bestätigte der israelische Militärkommandant der "Südregion", General Doron Almog, die Version mit der Landmine im Wohnviertel. Er gab die Möglichkeit zu, dass "die Kinder von einem Sprengsatz umgebracht wurden, den die Armee auf einen Weg gelegt hatte, der von Terroristen benutzt wird".

Palästinensische Verletzte in Wien

Zwei Interviews mit Ahmad Faradsch und Naim Sanakreh

Mohammed Ahmad Farradsch, 23 Jahre, Flüchtlingslager Balata (Nablus), stammt aus Rantia, einem Dorf neben Jaffa, das im Jahr 1948 zerstört wurde.

Im "Haus der Intifada", einer Wohnung in Wien, wo die palästinensischen Verletzte, die nach Wien zur Behandlung kommen, untergebracht werden, trafen wir Mohammed. Ein ruhiger intelligenter Mensch mit einem freundlichen Lächeln und einem Blick, der einem die Hoffnung auf ein besseres Leben für alle wiedergibt. Mohammed wurde am ersten Tag der Intifada verletzt: "Am ersten Tag der Intifada gingen wir auf eine Demonstration auf der Jerusalemstrasse zur Militärsperre. Als wir uns der Sperre näherten, fingen die Soldaten aus den Maschinengewehren zu schießen an, wobei ich ins Becken getroffen wurde. An dieser Demo sind Jihad Alul, der Sohn des Gouverneurs, und ein Polizist namens Amjad gefallen. Neben mir sind mehrere verletzt worden. Wir waren die ersten Verletzte aus Nablus. Ich merkte nicht, dass ich getroffen wurde und suchte mir ein Versteck zwischen geparkten Autos. Dort fiel ich zu Boden und blieb 10 Minuten lang, bis sie mich gefunden haben. Es gab viele Verletzte und es herrschte ein Panikzustand. Ich wurde zu einem Feldspital getragen, das in Eile neben dem Schauplatz der Demo errichtet wurde, dann zu einem anderen provisorischen Spital neben dem Rafidia-Spital in Nablus, das von Verletzten überfüllt war". Mohammed wurde im Becken an einem Hauptnerv getroffen, was eine Lähmung im Fuß verursachte. Er wurde im Oktober 2000 zur Behandlung nach Jordanien geschickt, wo man nichts für ihn tun konnte. Er blieb einen Monat im Spital, dann kehrte er zurück. "An der Grenze wurde ich von den Israelis verhört. Sie machten Photos von mir und den anderen Verletzten". In Palästina war nur die physikalische Therapie möglich, die aber keine Fortschritte brachte. Erst im Oktober 2001 wurde er nach Wien gebracht, um einer Nervenoperation unterzogen zu werden. "Hier haben sie den Nerv gebunden. Eine physikalische Therapie für anderthalb Jahre ist noch nötig und wir wissen noch nicht, ob die Operation erfolgreich war. Ich kehre in drei Tagen nach Palästina zurück, wo die physikalische Therapie weiterlaufen soll".

In so einem kleinen Land wie Palästina, wo die Geschichte einen intensiven Ablauf nimmt, häufen sich die kleinen Geschichten von Einzelschicksalen, um ein

Volksschicksal wiederzugeben: Der Vater Mohammeds, der vor dreißig Jahren von der Besatzungsbehörde aus dem Land deportiert wurde, erhielt endlich das Rückkehrrecht. Der Tag seiner Rückkehr fiel auf den Tag, wo der Sohn verletzt wurde. "Mein Vater kam von der Grenze direkt zum Spital. Er war einer der ersten Mitglieder der Fatah im Westjordanland. Er wurde im Jahr 1968 verhaftet und allen Sorten von Folter ausgesetzt: Elektroschocks, Drogen, Schläge usw. Sie hielten ihn nackt in der Zelle mit einem Hund, der ihn ständig angriff. Nach vier Jahren unter solchen Bedingungen lag er in Koma. Die Israelis deportierten ihn nach Jordanien, damit sie keine Behandlungskosten zu zahlen hatten. Er wurde in Jordanien und in anderen arabischen Ländern medizinisch behandelt und wiederhergestellt. Er nahm teil an einer Partisanenoperation im Jordantal und wurde von den Jordaniern gefangen, die ihm zum Tod verurteilt haben. Er wurde nach vielen arabischen Interventionen amnestiert und machte sich in Jordanien sesshaft. Meine Mutter heiratete ihn dort und sie lebten in Jordanien. Aber sie kam immer nach Nablus, um die Kinder dort zu gebären, damit wir das Wohnrecht in Palästina nicht verlieren. Mein Vater arbeitete dort in einer Fabrik, bis sich seine psychische und körperliche Lage wegen den Gefängnisfolgen wieder verschlechterte. Danach mussten wir für den Unterhalt der Familie sorgen und dazu kamen auch die Kosten seiner Behandlungen in den Spitälern. Ich kehrte nach Palästina 1997 zurück und bereitete die Rückkehr meiner Mutter und Geschwister vor, die mir später folgten. Mein Vater kam an dem Tag zurück, wo ich verletzt wurde".

Mohammed ist der zweitälteste von acht Geschwistern: "Wir sind acht. Vier Burschen und vier Mädchen. Ich bin der älteste der Burschen und habe eine ältere Schwester. Eine Schwester geht in die Krankenschwesterschule und die anderen sind verheiratet. Die Brüder gehen in die Schule und einer arbeitet in einer Fabrik in Nablus. Ich lernte Gastronomie in Jordanien, habe aber keine Arbeit gefunden. In Palästina arbeitete ich als Bauarbeiter und später als Rezeptionist in einem Hotel. Ich bekam eine Arbeit im touristischen Dorf neben Jericho, aber ich wurde verletzt, bevor ich den Job annahm. Jetzt kann ich ihn nicht mehr ausführen, weil dieser Job langes Stehen erfordert, was wegen meiner Verletzung nicht mehr möglich ist. Diese Verletzung hat viele Sachen verändert. Ich will jedoch zurückkehren und würde in keinem anderen Ort

leben wollen. Ich habe momentan keine Zukunftspläne. Vielleicht setze ich meine Lehre fort, aber dafür bräuchte ich Geld, was die Familie aber momentan nicht besitzt".

Die Demo, wo Mohammed verletzt wurde, war seine erste Teilnahme am Widerstand gegen die Besatzung. Über seine Motive und Gefühle bei dieser Demo erzählt er: *"Wir warteten sehr lange und waren zu geduldig. Jetzt aber können wir es nicht mehr und müssen ein lautes Nein sagen, auch wenn dieses unseren Tod bedeutet. Ich bin ein einfacher Mensch und kein Organisationsmitglied, aber ich fühlte mich verpflichtet, hinzugehen. Auf dem Weg habe ich sicher Angst gehabt, aber etwas unbekanntes trieb mich nach Vorne. Vielleicht halten viele unsere Aktionen für sinnlos oder leichtsinnig, aber wir müssen es für die Geschichte und für die nächsten Generationen tun. Auch wenn wir keine Chance haben, die Soldaten zu besiegen, müssen sie zumindest daran erinnert werden, dass sie Besatzer sind und dass wir Widerstand gegen diese Besatzung leisten".* Neben Mohammed stand bei dieser Demo sein Freund Naim, der erst zwei Wochen danach verletzt wurde und ebenfalls heuer zur Behandlung in Wien angekommen ist. Naim half beim Transportieren Mohammeds ins Spital. Das



Schicksal zeigte sich wieder ironisch und arrangierte ein Treffen der beiden in einem jordanischen Spital. *"Vier Tage nach meiner Ankunft in Jordanien wachte ich im Spital durch die Stimme Naims auf. Er lag noch unter Narkose und sprach unzusammenhängend. Er war durch eine Explosion im Kopf und in beiden Händen getroffen worden und seine Lage war sehr kritisch. Er verbrachte ein paar Monate in Koma. Er wachte später in einem saudiarabischen Spital auf. Ich war ins Lager zurückgekehrt, als das Fernsehen ein Gespräch zwischen ihm und seiner Mutter im Lager sendete. Sie sprach zu ihm übers Telefon und das Fernsehen zeigte ihm beim Sprechen. Die Szene war sehr rührend und ich schwöre, dass alle Lagerbewohner in Tränen ausgebrochen sind".*

Zur palästinensischen Führung äußert sich Mohammed vorsichtig. Er hofft, dass *"die Führung nach ihren langen Erfahrungen zwischen politischer Elastizität und nationalem Interesse balancieren kann"*, jedoch glaubt er nicht fest daran, denn *"scheinbar haben sie von den Fehlern nicht gelernt. Die gleichen Fehler, die unsere Opfer sinnlos machen. Diese Behörde ist 8 Jahre alt und hat im Laufe dieser Zeit überhaupt keine Vorbereitungen zu einer solchen Kriegssituation getroffen, was*

zu so vielen Verlusten führte".

Wie die Mehrheit der Palästinenser sieht Mohammed in der Teilung Palästinas keine gerechte Lösung und für ihn ist Israel eine siedlerkoloniale Existenz. Jedoch ergänzt er: *"Die Welt muss wissen, dass wir niemand hassen, nicht einmal die Juden oder die Israelis. Wir lieben den Frieden. Alles, was wir wollen, ist unser Recht auf unser Land nach zwei Vertreibungen. Die PLO ließ sich in den Käfig von Oslo zwingen, nachdem sie die Israelis falsch eingeschätzt hatte. Da war von Anfang an klar, dass der Friedensprozess an der israelischen expansionistischen Politik scheitern würde".*

Schließlich appelliert Mohammed an die Diaspora-Palästinenser:

"Viele träumen davon, nach Europa oder Amerika zu emigrieren. Aber dort im Flüchtlingslager ist eine neue Gesellschaft und eine neue Kultur entstanden. Ich liebe die Lagereinwohner mit ihrer Einfachheit und ihrer Solidarität. Wir lieben das Lager und werden dort bleiben, bis wir in die Dörfer und Städte zurückkehren, aus denen wir im Jahr 1948 vertrieben wurden. Die Palästinenser im Ausland haben viel Geld gespendet, aber Geld ist nicht genug. Sie müssen sich organisieren und der Welt unsere Sache vermitteln. Die Welt muss den Hintergrund unseres

Kampfes begreifen und über diese Blockade, der unser Volk ausgesetzt wird, bescheid wissen. Auch unsere Religion ist eine Religion der Toleranz und darf nicht auf so eine Art diffamiert werden. Wir kämpfen für unsere Sache und unsere Prinzipien, aber wir hassen niemanden. Es gibt jedoch Grenzen, die wir niemandem zu überschreiten erlauben. Wir lehnen diese Demütigungen ab und ich glaube nicht, dass es irgendein Volk akzeptiert, so wie wir behandelt zu werden. Die Sache ist klar, auch wenn die Zionisten versuchen, sie zu verfälschen".

Naim Sanakra, 19 Jahre, Flüchtlingslager Balata (Nablus), stammt aus Jaffa

Naim kommt ebenfalls aus dem Flüchtlingslager Balata neben Nablus im Westjordanland, wo er seit seinem elften Lebensjahr als Tischler arbeitete. Er wurde am 20. Oktober 2000 bei einer Demonstration auf der Jerusalemstrasse verletzt. Er wurde von einem Explosivschuss getroffen, der ihn an beiden Händen und im Kopf verletzte. Er versuchte, einen getöteten Genossen

wegzutragen, als er von den israelischen Maschinengewehren getroffen wurde. Er erzählt: *"Ich kann mich nicht erinnern, wie es passiert ist. Ich eilte zu Amjad, dann wurde ich plötzlich getroffen und verlor das Bewusstsein. Als ich aufwachte, fand ich mich in einem Spital in Saudi Arabien wieder. Da sagte man mir, dass ich drei Monate in Koma lag"*. Naim wurde im Kopf und an beiden Händen getroffen. Die Splitter verletzten auch sein rechtes Auge, mit dem er heute nur mehr begrenzt sehen kann. Die Kopfverletzung verursachte ein Koma und die Ärzte beschäftigten sich hauptsächlich mit dessen Behandlung. Die Explosivschüsse zerstörten auch die Knochen des rechten Arms. Die Nerven in beiden Händen wurden ebenfalls zerstört, was eine Lähmung in den Fingern der beiden Hände verursachte. In Saudi Arabien wurde ihm ein Platinimplantat im rechten Arm eingesetzt. In der linken Hand wurde nur die Blutung gestoppt - die Nerven wurden erst in Österreich behandelt. Im Auge wurde eine Operation zur Entfernung der Splitter und zur Implantierung von Silikon durchgeführt. Nach Monaten in der Intensivstation in Saudi Arabien ist er nach Palästina zurückgekehrt, wo er im März 2001 in Nablus operiert wurde.

Dort wurde das linke Handgelenk mit Platinimplantaten gestützt.

Am 11. September 2001 ist Naim in Wien angekommen, um einer langen Behandlung unterzogen zu werden, die vermutlich bis April 2002 dauern wird. Es handelt sich um eine Nerventransplantation zur linken Hand, um die Beweglichkeit zu erhöhen, und einen Wechsel des Platinimplantats der rechten Hand, bei der wegen großer Zerstörung von Muskel und Nerven nur mehr wenig zu retten ist. Die Erfolgchancen der Nerventransplantation in der linken Hand liegen bei 60%. Naim wird seinen Beruf als Tischler wahrscheinlich nicht mehr ausüben können. *"Ich muss mich an die neuen Umstände gewöhnen. Ich liebte meinen Beruf, wo man etwas aus dem Nichts machen kann. Ich wollte ein guter Tischler sein und mir ein stabiles Leben aufbauen, damit ich mein Mädchen heiraten kann"*. Die Verletzung rief eine radikale Änderung in seinem Leben hervor. Auf unsere Frage, ob er seine Teilnahme

an den Protesten bereut, antwortet er: *"Ich bereue nichts. Am liebsten wäre mir aber, wenn ich dabei getötet worden wäre"*. Auf unser erstauntes Warum antwortet Naim: *"Weil alles um uns ein Wahnsinn ist. Wir waren 9 Freunde. Ich bin der fünfte, der verletzt wurde. Viele meiner Bekannten sind tot. Ich fühle so eine Entfremdung in meiner eigenen Heimat und in mir selbst"*.

Politisch teilt er die Meinung von Mohammed. Er wünscht, dass *"die Israelis unser Land verlassen und alle Flüchtlinge in ihr Land zurückkehren können"*.



Naim bei der Demo am 28. September in Wien zum ersten Jahrestag der Intifada

Das Oslo-Abkommen lehnt er ebenfalls ab, weil *"Arafat allein gehandelt hat und mit diesem Abkommen, das den Palästinensern wenig einbrachte, die erste Intifada beendete und die Träume jedes Palästinensers zunichte machte. Die Israelis haben unser Land mit Waffengewalt besetzt und können auch nur so vertrieben werden"*. Ein Ende der jetzigen Intifada sieht Naim nicht kommen, denn *"solange die israelischen Provokationen fortgehen, und solange die Palästinenser täglich umgebracht werden, wird es nie Frieden geben. Die Palästinenser sollen sich und ihr Land mit allen Mitteln verteidigen, bis die Besatzer vertrieben werden"*.

Ans Auswandern denkt Naim nicht. Er hält zum Flüchtlingslager, in dem er geboren

und aufgewachsen ist. *"Ich bin im Lager geboren und aufgewachsen. Als ich mir meiner Existenz als Flüchtling bewusst wurde, ist mir auch klar geworden, dass meine Heimat mich braucht. Ich wünsche mir zwei Häuser: eins in Jaffa und eins im Lager. Das Lager ist ein Teil meiner Identität und diese gebe ich nie auf"*.

Intifada: Glaubst du, dass die westlichen Staaten den Palästinensern helfen werden?

"Nein, weil der Staat Israel von den westlichen Staaten, Europa und den USA, gegründet wurde. Die israelischen Waffen, die auf die Palästinenser gerichtet sind, sind amerikanische Waffen. Ich empfehle den Europäern, nach Palästina zu kommen und den israelischen Faschismus mit eigenen Augen zu sehen. Sie müssen sehen, wie unsere Kinder kaltblütig getötet werden. Sie müssen sehen und dies ihren Mitbürgern und Regierungen erzählen".

Über seine Familie erzählt Naim: *"Wir sind sechs Bur-schen und zwei Mädchen. Mein Vater war gestorben,*

als ich acht Jahre alt war. Meine Mutter musste sich alleine um das Haus und die Kinder kümmern. Sie hat viel geopfert, damit wir ein Leben in Würde führen konnten. Ich musste die Schule früh verlassen, um ihr beizustehen. Sie zwang mich nicht dazu, aber ich wollte meinen Beitrag leisten".

Intifada: Was erwartest du von einem freien Palästina?
Ich will ein Land, wo unsere Kinder ein gesundes Leben haben können. Alle Kinder der Welt haben Gärten und Spielplätze. Auch unsere haben das Recht auf Kindheit und auf eine Heimat, in der sie mit Würde und Sicherheit aufwachsen.

Intifada: Ein letztes Wort für die Völker der Welt?
Ich wünsche, dass jeder versteht, dass unser Kampf um die Freiheit und für die Verteidigung unserer Existenz kein Terror ist. Israel übt seit 50 Jahren Terror gegen uns aus. Die Menschen hier sollen sich vorstellen können, was der Verlust von Rechten und Heimat bedeutet. Wenn man so eine Frage beantworten kann, dann versteht man, was Freiheit bedeutet. Dann soll man sich in unsere Lage versetzen und ich möchte gerne wissen, was man da tun würde. Wie kann ein Mensch sich selbst finden, wenn ihm die Freiheit und die Selbstbestimmung geraubt wird?"

Antiimperialistische Koordination (AIK) für Palästina

Die Antiimperialistische Koordination (AIK) ist ein internationaler Zusammenschluss verschiedener antiimperialistischer Kräfte, der zur Koordinierung des Kampfes dient und jedes Jahr ein antiimperialistisches Sommerlager organisiert.

Unmittelbar nach Ausbruch der neuen Intifada im September 2000 gründete sich die Antiimperialistische Koordination für Palästina als Unterkomitee zum Zweck einer ständigen Solidaritätskampagne, die auf folgender Basis geführt wird:

Stoppt das Massaker in Palästina!

**Bedingungsloser Abzug der zionistischen
Besatzungsmacht aus allen
arabischen Gebieten!**

**Für das Selbstbestimmungsrecht des
palästinensischen Volkes!**

**Für das Recht auf Rückkehr aller
palästinensischen Flüchtlinge!**

Konto für Spenden und Ab- Bestellungen:

Kontonr. 92.125.137, PSK, BLZ 60.000
Stichwort: Palästina

ÖFFENTLICHE EXEKUTIONEN DURCH ISRAELISCHE TODESSCHWADRONEN

Der tagtägliche Terror gegen die palästinensische Zivilbevölkerung findet seinen wohl abscheulichsten Ausdruck im Mord an Kindern oder in Hinrichtungen von Angehörigen vor deren Augen. So geschah es in Hebron am Abend des 16. Dezember. Israelische Todesschwadronen stürmten das Haus von Yacoub Dakidak, einem Hamas-Aktivisten, rissen ihn aus dem Kreise seiner Familie und exekutierten ihn unmittelbar neben seinem Haus vor den Augen seiner Frau und seiner Kinder. Diese öffentliche Hinrichtung an einem unbewaffneten Aktivist wird von der zionistischen Armee nicht bestritten sondern einfach in "auf der Flucht erschossen" zynisch umgelogen.

Eine Woche vorher kam es in Salfit zu einer ähnlichen sogenannten Militäraktion, die an die ärgsten Auswüchse faschistischer Diktaturen erinnert. Die Todesschwadronen schlugen in den frühen Morgenstunden zu. Zwei palästinensische Polizisten, der 19-jährige Dia Nabil Mahmoud und der 22-jährige Abdul Ashour, wurden im Vorfeld einer großangelegten Militäraktion in Salfit von arabisch sprechenden israelischen Soldaten in schwarzer Zivilkleidung vor den Augen der Bevölkerung auf offener Strasse erschossen. Eine Augenzeugin, Frau Iman Herzala, schildert fassungslos den Hergang: "Die zwei jungen Männer klopfen an meine Tür und sagten, dass die israelische Armee in die Stadt vordringe. Ich bat die beiden Männer ins Haus, aber sie blieben draußen. Dann kamen die israelischen Soldaten und befahlen ihnen, die Waffen abzugeben - sie hatten nur eine - und sich auf den Boden zu legen. Die beiden jungen Männer leisteten keinen Widerstand und befolgten die Anweisungen. Am Boden liegend, unbewaffnet, wurden sie im Hagel von Maschinengewehrfeuer erschossen."

Auch diese Hinrichtung, die gegen jedes Menschenrecht und jedes international anerkannte Kriegsrecht verstößt, wird nicht bestritten, sondern als selbstverständliches Recht des Stärkeren, im Kampf gegen Terroristen eben auch bewaffnete Palästinenser zu erschießen, ausgegeben. Man fürchtet sich nicht vor internationaler Kritik, denn nur allzu bereitwillig wird die offizielle Version der Zionisten in den internationalen Medien verbreitet, ist sie doch Bestandteil des weltweiten "Kampfs gegen den Terrorismus". Die Stimmen der Menschen, die Zeugen der Hinrichtungen werden müssen, die durch sie gelähmt und eingeschüchtert werden sollen, bleiben dort ungehört. Geben wir ihnen eine Stimme!

(Quelle: The Palestine Solidarity Campaign, 19. Dezember 2001)

Palästinenser im Libanon

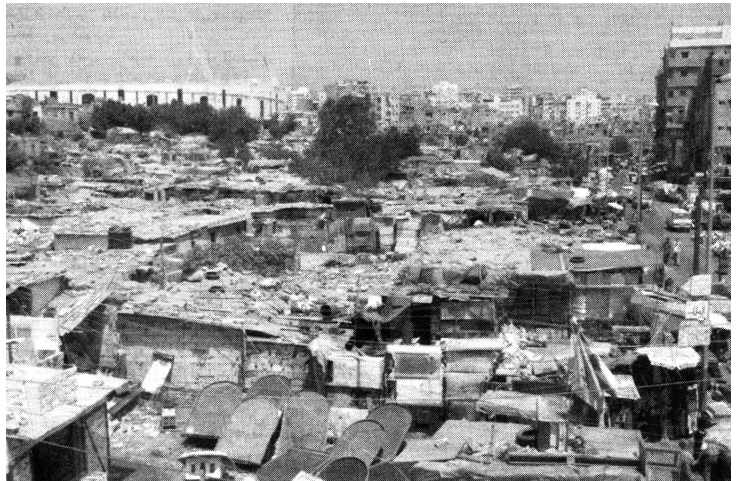
Ein weiteres diskriminierendes Gesetz

Das libanesisches Parlament ratifizierte dieses Jahr ein neues Eigentumsgesetz, das den palästinensischen Flüchtlingen verbietet, sich Immobilien anzueignen. Dieses Gesetz dehnt sich auch auf das Erbrecht der Landstücke und Häuser, die schon im Besitz von Palästinensern sind, aus.

Dieses Gesetz ist ein neues Glied in einer Kette von Gesetzen, die darauf abzielen, das Leben der Palästinenser im Libanon möglichst schwierig zu machen. Das ältere Arbeitsgesetz verbietet die Beschäftigung von Palästinensern in 74 verschiedenen Arbeitsbereichen, die nur für "Inländer" zugänglich sein sollen. Weitere Erschwernisse gibt es bei der Erteilung von Ein- und Ausreiseerlaubnissen. Die palästinensischen Flüchtlinge tragen ein spezielles Dokument, das, obwohl es vom libanesischen Staat ausgestellt wird, sie zu Fremden im Libanon macht.

Nach den Vertreibungen und Säuberungen, welche die Gründung des Zionistenstaates in Palästina im Jahr 1948 begleitet hatten, flüchtete ca. eine Million Palästinenser in die Nachbargebiete. Die Mehrheit lebt seit damals in Flüchtlingslagern.

Im Libanon leben heute ca. 360 000 palästinensische Flüchtlinge, verteilt auf zwölf Flüchtlingslager und Armenviertel der libanesischen Städte. Die Flüchtlingslager werden in keiner Weise vom Staat versorgt. Alle kommunalen Dienstleistungen werden verweigert, das Errichten neuer Häuser ist nicht gestattet und das Renovieren älterer Häuser ist nur mit Sondergenehmigungen erlaubt. Die palästinensischen Flüchtlinge verzichten nie auf ihren legitimen und notwendigen Anspruch auf Rückkehr nach Palästina und betrachten



Flüchtlingslager Schatela neben Beirut

seit 1948 ihren Aufenthalt im Libanon als vorübergehend.

Laut der Regierung stehen diese Maßnahmen im Einklang mit dem Rückkehrrecht der Palästinenser nach Palästina. Sie rechtfertigt damit die Diskriminierung als Maßnahme gegen die "Assimilierung".

Vielmehr sind diese Maßnahmen eine Projektion der konfessionellen Zusammensetzung im Land. Das politische System, das von der französischen Besatzungsmacht hinterlassen wurde, teilt die politische Macht im Libanon anhand konfessioneller Quoten. Eine Einbürgerung der Palästinenser, die mehrheitlich sunnitische Muslime sind, würde die konfessionelle Landkarte verändern. Jedoch ist die Einbürgerung nie von den Palästinensern gefordert worden. Es geht hier um elementare Rechte auf Arbeit, Bildung und Wohnung, die ihnen vorenthalten werden. Solche Maßnahmen haben nur den Zweck, ihnen das Leben im Libanon so unmöglich zu machen, dass sie zum Auswandern gezwungen werden. Dies kommt im Einklang mit den verdächtigen amerikanischen und europäischen Vorschlägen, die Flüchtlinge irgendwo anders zu integrieren und die Akte des Rückkehrrechts nach Palästina ein für allemal zu schließen. Kanadische und australische Immigrationsbüros wurden schon neben mehreren Flüchtlingslagern eröffnet.

Der libanesischer Richter und Abgeordnete Walid Ido fragte im Parlament, ob "das Recht eines Palästinensers auf eine Wohnung oder einen Pass ihm seine Heimat aus dem Gedächtnis vertreibt oder ihn daran hindern würde, nach Palästina zurückzukehren, wenn der Tag kommt?"



Demonstration im Flüchtlingslager Ein El Hilweh im Südlibanon

Anlässlich des ersten Jahrestages der Intifada:

600 demonstrieren in Wien für die Freiheit Palästinas

Ohne Gerechtigkeit ist kein Frieden möglich

Dem Aufruf der Plattform "Stoppt das Massaker in Palästina" anlässlich des ersten Jahrestages der Intifada folgend, versammelten sich gestern am Stephansplatz im Zentrum von Wien einige hundert Menschen verschiedenster Provenienz.

Die Quintessenz der Plattform, die vom gesamten Spektrum der Unterstützer geteilt wurde, war, dass es ohne die Erfüllung des elementaren demokratischen Rechtes auf Selbstbestimmung für das palästinensische Volk keinen Frieden geben kann und wird. Der erste Schritt dazu ist der bedingungslose Abzug der israelischen Besatzungstruppen. Zudem wurden von allen die unschuldigen Opfer des Anschlags in New York bedauert, jedoch darauf hingewiesen, dass Gewalt und Terror ursächlich von der von den USA angeführten Neuen Weltordnung ausgeht, die in Nahost von Israel repräsentiert wird. Der israelische staatliche Terror gegen die Palästinenser wurde einhellig verurteilt.

Die Liste der gut ein Dutzend Rednerinnen und Redner wurde von Fritz Edlinger, Sekretär der Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen, eröffnet. Er wies auf die Tatsache hin, dass der israelische Premierminister ein Kriegsverbrecher sei, der das Massaker von Sabra und Shatila zu verantworten hätte, dass dazu aber der Westen schweige. Ariel Scharon habe die Anschläge in den USA zynisch dazu benutzt, seinerseits den Terror gegen die Palästinenser umgehend zu verschärfen. Die nun wieder angelaufenen israelisch-palästinensischen Gespräche seien eine Farce, denn Israel habe schlicht nichts anzubieten als die Fortsetzung der Unterdrückung. Bereits bei einer Pressekonferenz am Vormittag hatte Edlinger den Angriff postwendend zurückgewiesen, dass Israel die einzige Demokratie des Nahen Ostens sei, während die Palästinensische Autonomiebehörde (PNA) in Gängelung und Korruption versinke: Die Korruption sowie der evidente Mangel an Demokratie lägen durchaus im Interesse Israels und seien von diesem gefördert worden.

Susi Jerusalem, Gemeinderätin und Landtagsabgeordnete der Grünen Wien kritisierte die einseitige Berichterstattung der Medien und forderte ein Ende der gezielten israelischen Mordanschläge auf Zivilisten und insbesondere Kinder. Auch sie wies die Diffamierung des palästinensischen Befreiungskampfes als terroristisch

zurück und betonte im Gegenteil seine Legitimität. Mustafa Hadi, Vorsitzender der Palästinensischen Gemeinde in Österreich sagte, dass der Westen wohl in jedem Land militärisch intervenieren würde, wenn es völkerrechtswidrig erobertes Territorium besiedelte. "Warum schweigt man bei Israel?" Tina Salhi von der Gruppe "Frauen in Schwarz" betonte, dass auch die Palästinenser mit israelischer Staatsbürgerschaft von der Unterdrückung betroffen seien. Der Historiker und Verleger Hannes Hofbauer wies - nach den neokolonialen Aggressionskriegen gegen den Irak und Jugoslawien - auf die Gefahr eines abermaligen Krieges hin, der unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Terror geführt würde, tatsächlich aber nur der Aufrechterhaltung der globalen Hegemonie der USA diene.

Die Antiimperialistische Koordination hielt fest, dass Israel ein strategisches Werkzeug der USA und des Westens zur Beherrschung der Region sei und es daher nie Frieden schließen könne. Daher bedürfe es eines demokratischen und säkularen Staates in ganz Palästina für alle dort lebenden Nationalitäten und Religionen - was das Rückkehrrecht mit einschließe.

Die Demonstration, die nun auf rund 600 Teilnehmer angewachsen war, zog in der Folge vor die schwer bewachte US-Botschaft. Die gute Beteiligung ist bemerkenswert, insofern als im Gegensatz zum letzten Jahr die größeren islamischen Vereinigungen nicht zur Demonstration aufgerufen hatten. Im Vorfeld wurde von ihrer Seite sogar beträchtlicher Druck auf die Plattform ausgeübt, die Demonstration gänzlich abzusagen. Vor der zentralen Moschee in 21. Wiener Gemeindebezirk wurden Flugblattverteiler der Antiimperialistischen Koordination bedroht und ihnen tätlich die Flugblätter entrissen. Dass dies nicht nur mit der im arabisch-islamischen Milieu weit verbreiteten Angst angesichts der rassistischen Hysterie zu tun hat, die wohl auch den Einsatz der Palästinensischen Gemeinde für die Mobilisierung erheblich dämpfte, ist offensichtlich. Obwohl für alle, auch religiöse Gruppen, offen, war die Demonstration nicht nur von den Organisatoren, sondern auch hinsichtlich der meist jugendlichen Teilnehmern prägend antiimperialistisch und säkular ausgerichtet.

Die Moderatorin der Plattform kündigte als nächste Aktion eine Solidaritätsdelegation nach Palästina an.

"Kopfwindel"

Redeverbot und Rassismus in Wien auf einer Veranstaltung mit einem Vertreter der Bahamas!

Die Gruppierung "Café Critique", die sich vom Kritischen Kreis abgespalten hat (1), hielt, in Zusammenarbeit mit der Studienrichtungsververtretung Politikwissenschaft, am 23. Oktober 2001 im Hörsaal 7 der Wiener Universität, nachdem der ursprünglich gewählte Vortragssaal nach Wiener Tradition zusammengestürzt war, eine Veranstaltung mit dem Titel "Israel und die Linke" ab. Die beiden ReferentInnen der Veranstaltung waren Margit Reiter vom Institut für Zeitgeschichte in Wien und Horst Pankow, Autor der Bahamas wie auch der Konkret.

Auf dieser Veranstaltung wurde vom Moderator Stephan Grigat zwei Diskussionsteilnehmern, einem Araber und einem Österreicher, die sich zu Wort gemeldet hatten, das Rederecht verwehrt.

Die Anfangsthese des Herrn Pankow lautete "Antizionismus ist eine sehr gefährliche Spielart des Antisemitismus". Die Konferenz von Durban sei "ja sehr antizionistisch, wenn nicht antisemitisch konnotiert" gewesen (Hervorhebungen von AuO). Antizionismus sei ein passables Ventil für den Antisemitismus, meint er später.

Im Frageteil outet sich Pankow als offen rassistisch, mithin als legitimes Objekt der Recherchearbeit eines DÖW (Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands). Von einer Hörerin wurde er auf seine rassistische, verächtliche Bezeichnung "Kopfwindel" angesprochen, die er für die traditionelle arabische Kopfbedeckung verwendet hatte.

Und so reagierte der Herr Pankow sprachlich und gedanklich darauf (genau, dem Stenogramm folgend): "Ich sage das ..." (Stottert, lacht schmierig, weiß nichts zu sagen). Dann: "Natürlich bringt das zum Ausdruck eine antiislamische Haltung, darüber besteht Einheit in der Redaktion. Den Islam mögen wir nicht. In seiner derzeitigen Ausprägung ist er eine profaschistische bis faschistische Angelegenheit. ... Häufig werden die Sufis angeführt, dann gibt es die Alewiten, die sind irgendwie ganz in Ordnung. Die sind meist politisch gut drauf."(2) ".. Wir sprechen eigentlich von dem Zentrum, sprechen wir von den politischen Gruppen des politischen Islam. Die Alewiten sind erst jetzt durch die rassistischen Attacken gezwungen worden, eigenen Organisationen zu bilden. ..." (Hervorhebungen von AuO)

Auch stellt er die Existenz der Palästinenser überhaupt in Frage, indem er sie, wie die außerparlamentarische Bewegung, als sogenannte Palästinenser bezeichnet,

denn, die reaktionäre, antikommunistische Ökoli zitierend, "...ob man Palästinenser oder Deutscher sein will, das entscheidet man selber. Deswegen sagte ich: die sogenannten Palästinenser. Das ist das derzeit antisemitische Kollektiv, sie sind beseelt von einem Vernichtungswahn, der dem der Nazis ähnelt." Ökoli meint dazu, dass damit der Nationalsozialismus verharmlost werde, erwähnte Pankow, und kontert: Es ist nicht einzusehen, warum das eine Verharmlosung sein soll.

Ein Palästinenser widersprach ihm mit einfachen und eingehenden Worten, die gegen die Palästinenser gerichtete Repression anführend: "Wir können es uns leider nicht aussuchen, ob wir Palästinenser sind oder nicht. Wir erfahren es jeden Tag, dass wir Palästinenser sind."

Wie weit die wild praktizierte Mechanik des automatisierten Antisemitismusvorwurfes geht, zeigt folgendes Beispiel. Ein Diskussionsteilnehmer erwähnt, dass, analog zur Unterstützung der Hamas durch die Israelis (er meinte allerdings, nicht ganz zutreffend, die Hamas sei durch Israel gegründet worden), könne man auch beobachten, daß etwa die Taliban durch die CIA gegründet worden seien. Wie ist Herrn Pankows Reaktion darauf: "Dies ist sogar eine typisch antisemitische Behauptung" meinte er wörtlich.

Von einem Zynismus sondergleichen war Pankows "Antwort" auf die Frage, wie er die Tötungen von palästinensischen Kindern sehe: "Zu den Kindern will ich auch noch mal was sagen. (abschätzig:) Mein Gott... (Mit einem höhnischen und eingebildeten Tonfall:) Es kommt wirklich nur ..." (Hervorhebungen von AuO). Dann fiel ihm nichts mehr ein. Denn es gibt keine noch so beredte Pseudoargumentation, die den dauernden Mord an palästinensischen Kindern rechtfertigen kann (3).

Mit Stephan Grigat und seinem Zirkel hat eine neue Rechte in die Wiener Universität Einzug gehalten.

Aug und Ohr Gegeninformationsinitiative (von der Redaktion gekürzt)

(1) Zur Spaltung zitieren wir hier eine Anmerkung am Ende des Beitrages "Israel und die Linke", der am 16. 10. 2001 im MUND (<http://www.no-racism.net/MUND/index.htm>) erschien:

"Die Zeitschrift Streifzüge wird vom Kritischen Kreis herausgegeben, in dem bis vor kurzem unterschiedli-

Offener Brief an die israelitische Kultusgemeinde

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Zuge der Lektüre des dem Organ der Israelitischen Kultusgemeinde beigelegten Newsletter des Forums gegen Antisemitismus (Oktoberausgabe) mussten wir leider feststellen, dass in der Aufzählung antisemitischer Akte Kurzberichte über unser Engagement für die Beendigung der militärischen Besetzung der palästinensischen Gebiete sowie von uns verwendete Symbole kommentarlos und in einem Zuge mit größtenteils rechtsextremistischen Gewaltakten gegen jüdische Menschen und Einrichtungen genannt werden. Daraus ist zu schließen, und das soll offenbar auch der Leserin/dem Leser suggeriert werden, dass besagtes Engagement von Ihrem Organ als antisemitisch betrachtet wird. Wir nehmen diese Beurteilung Ihrerseits mit dem

Fortsetzung von Seite 28:

che Richtungen einer an Marx und der Kritischen Theorie orientierten wertkritischen und antinationalen Gesellschaftskritik vereinigt waren. Auf Grund unüberbrückbarer Gegensätze bezüglich der Einschätzung von Nationalsozialismus und Antisemitismus, von Nation, Krise und postfaschistischer Gesellschaft, von Israel und dem Massenermord im World Trade Center haben sechs der neun Mitglieder der "Streifzüge"-Redaktion den Kritischen Kreis verlassen und werden in Zukunft unter dem Namen "Café Critique" ihre Kritik betreiben. Die Nummer 2/2001 ist die letzte gemeinsame Ausgabe der "Streifzüge".

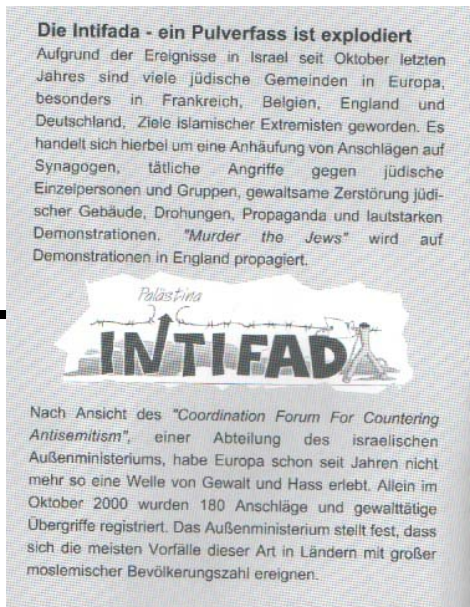
Ausgewählte ältere Texte aus den Streifzügen finden sich in der Papyrothek der Zeitschrift Context XXI: <http://contextXXI.mediaweb.at/streifzuege>

(2) Er scheint vom verwaschenen Diskotheken- und Jugendslang der Siebzigerjahre noch nicht weggefunden zu haben.

(3) Vgl. dazu den Aufsatz "Kindermörder" von Pankow aus den Bahamas: <http://www.nadir.org/nadir/periodika/bahamas/auswahl/web33-1.htm> An diesem und anderen Aufsätzen kann man ersehen, dass sie das Gleiche bringen wie seine Vorträge, oft in der gleichen sprachlichen Formulierung. Der Herr Pankow macht sich also nicht einmal die Mühe, für einen Vortrag einer Weiterentwicklung, eine Innovation seiner Gedanken anzupfeilen. Er fährt als ideologischer Apparat umher und spuckt immer das Nämliche aus.

größten Bedauern und mit einer gewissen Verwunderung zur Kenntnis. Tatsächlich sprechen wir uns mit Entschiedenheit gegen jedwede Diskriminierung von Menschen jüdischer Herkunft und/oder Religionszugehörigkeit - gemeinhin als Antisemitismus bezeichnet - aus und befürworten das gleichberechtigte Zusammenleben aller Menschen unabhängig von ihrer Religion oder Kultur. Das um so mehr, als sich auch Menschen jüdischer Herkunft an unseren Aktivitäten beteiligen.

Mit Bedauern mussten wir in diesem Zusammenhang ebenfalls zur Kenntnis nehmen, dass sich ihre Publikation einer Vorgangsweise bedient, die uns schlichtweg unverantwortlich erscheint. Durch die unrichtige Gleichsetzung des Judentums als Religions- und Kulturgemeinschaft mit dem Staat Israel soll jedwede Kritik an der Politik dieses Staates von



Aus der Oktoberausgabe des Newsletters des sog. Forums gegen Antisemitismus

vornherein als antisemitisch gebrandmarkt und so verhindert werden. Diese Vorgangsweise ist zumindest befremdlich, würde doch die Bezeichnung von kritischen Äußerungen an der Politik eines mehrheitlich von beispielweise Christen bewohnten Staates als antichristliche oder das Christentum als solches diskriminierende Aussagen durchaus mit Verwunderung aufgenommen werden.

Es ist zu befürchten, dass die Vorgangsweise Ihrer Publikation, anstatt Antisemitismus zu verhindern, im Gegenteil dazu beiträgt, die Herausbildung eines unbefangenen und vorurteilslosen Umgangs der österreichischen Bevölkerung mit dem Judentum und den jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu erschweren, und zwar sowohl was das erstrebte gleichberechtigte und friedvolle Zusammenleben in der Gegenwart als auch was die Aufarbeitung der so schrecklichen Vergangenheit betrifft. Erst wenn es möglich sein wird, Jüdinnen und Juden unvoreingenommen als gleichwertige und gleichberechtigte - und das bedeutet durchaus nicht über jede Kritik erhabene - Mitmenschen zu begreifen, erst wenn Jüdinnen und Juden selbst die Differenzierung zwischen dem Judentum als Religions- und Kulturgemeinschaft einerseits und dem mehrheit-

28. September - Wien: Im Rahmen der Demonstration am Stephansplatz mit dem Titel "1 Jahr Intifada" werden Israel und die USA Mördern gleichgestellt und mit folgenden Slogans angegriffen: "Zionismus ist Terrorismus", "Nieder mit den USA".



Antisemitismus in den arabischen Medien, ein Beispiel:

Ägypten: Seit Oktober 2000 publizieren die Zeitungen "Al-Gomhouriya", "Al-Ahram", "Rose al-Yusuf" und "October" verschiedene Karikaturen, die die Kandidaten der Premierministerwahl in Israel als Nazis und die

Aus der Oktoberausgabe des Newsletters des sog. Forums gegen Antisemitismus

lich von Menschen jüdischen Glaubens bewohnten Staat Israel andererseits einfordern (und damit auch in Rechnung stellen, dass seine Politik einer kritischen Betrachtung unterzogen werden kann), wird es möglich sein, ihrer Diskriminierung, dem Antisemitismus, den Boden zu entziehen. Das bedeutet letztlich, dass die uneingeschränkte

Identifikation der Kultusgemeinde mit den Interessen des Staates Israel den Interessen der Menschen jüdischer Herkunft in Österreich schadet, anstatt ihnen zu nützen.

Wir bitten Sie daher eindringlich, zur Schaffung eines vorurteilsfreien Zusammenlebens Ihren Beitrag zu leisten und sich in diesem Sinne der ehrlichen und unvoreingenommenen Diskussion rund um die politische Verantwortung des Staates Israel für das Leid von Millionen von Palästinenserinnen und Palästinensern nicht

mit dem Hinweis auf Antisemitismus zu entziehen. Gestatten Sie es uns als um Gerechtigkeit und Frieden bemühten Menschen öffentlich dafür einzutreten, ohne uns den unrichtigen und rufschädigenden Vorwurf des Antisemitismus zu machen, dass ein friedliches Zusammenleben aller Menschen im Nahen Osten nur durch Anerkennung und Umsetzung der Rechte des palästinensischen Volkes möglich sein wird. In gleicher Weise wird die Bekämpfung des Antisemitismus in uns immer unermüdliche und aufrichtige Mitstreiter haben.

Mit freundlichen Grüßen,

Margarethe Gal (Opfer des Faschismus und Mitglied des KZ-Verbandes)

für die Plattform "Freiheit für Palästina"

(Organisatorin der Demonstration in Wien am 28. September anlässlich des ersten Jahrestages der Intifada)

Unterstützt von:

Susanne Jerusalem, Gemeinderätin und Landtagsabgeordnete der Grünen, Wien

Palästinensische Gemeinde in Österreich

Generalunion palästinensischer Studenten (GUPS)

Wiener Friedensbewegung

Arabischer Palästinaclub

Antiimperialistische Koordination (AIK)

Bewegung für soziale Befreiung (BsB)

Internationales Palästina-Komitee

Internationales Solidaritätsforum (ISF)

Linkswende

Universalismusgruppe



- Ich will regelmäßige **Informationen** über die Aktivitäten der Antiimperialistischen Koordination für Palästina.
- Ich will „**Intifada**“ abonnieren (8 Zusendungen: 8 Euro).
- Ich will ein Förder-Abo der „**Intifada**“ (16 Euro).
- Ich will **Kontakt** mit der Antiimperialistischen Koordination für Palästina aufnehmen.
- Ich will bei der Antiimperialistischen Koordination für Palästina **mitarbeiten**.

Absender:

Name: _____

Adresse: _____

Telefon: _____

Bitte mit
öS 6,50,-
freimachen

An
**Antiimperialistische
Koordination**

Postfach 23

A-1040 Wien

Österreich

Internationale Solidaritätsdelegation besucht Palästina

Das palästinensische Volk verlangt nach unserer Unterstützung!

30. Dezember 2001 bis 6. Januar 2002

Nach den Ereignissen des 11. September müssen die Palästinenserinnen und Palästinenser in den von Israel besetzten Gebieten die schwerste Welle von Gewalt und Unterdrückung, Zerstörung und Abriegelung seit Beginn der neuen Intifada hinnehmen. Die letzten Wochen haben Hunderten das Leben gekostet, Tausende verwundet und verstümmelt. Die Zivilbevölkerung musste wochenlang in einem Zustand der völligen Abriegelung leben. Doch selbst unter diesen Umständen geht die Intifada, der Aufstand des palästinensischen Volkes gegen die israelische Besatzung und für einen unabhängigen Staat, weiter. Lassen wir die Palästinenserinnen und Palästinenser nicht allein!

Zeigen wir unsere Solidarität mit ihrem legitimen Kampf um Freiheit und Selbstbestimmung!

Impressum: Medieninhaber (Verleger)

Herausgeber, Redaktion und Hersteller: Antimperialistische Koordination (AKL), Gusshausstr. 14/3, 1040 Wien.

Verlags- und Herstellungsort: Wien Kontakt: www.antimperialista.com aik@antimperialista.com